



Inhaltsverzeichnis

Seite

1. Einleitung	3
2. Zielsetzung des Instituts	5
3. Aufbau des Instituts	5
Leitung und Mitarbeiter	6
Förderverein	7
Die Walter Hallstein-Bibliothek	7
Die Webseite des WHI	8
Das European Constitutional Law Network (ECLN)	8
Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (HIIG)	9
4. Forum Constitutionis Europae (FCE)	10
5. Humboldt-Reden zu Europa (HRE)	12
6. Graduiertenkolleg „Verfassung jenseits des Staates“	15
Grakov-Tagung	17
Wissenschaftliches Begleitprogramm	17
7. Werkstattgespräche zum Europäischen Verfassungsrecht	18
8. Kooperationen mit EU-Institutionen	19
9. Transfer der wissenschaftlichen Tätigkeiten des WHI	21
Prof. Dr. Dr. h.c. Ingolf Pernice	21
Veröffentlichungen	21
Vorträge	22
Interviews (Auswahl)	23
Podiumsdiskussionen, Workshops, Fachgespräche, Anhörungen, Sonstiges	23
Prof. Dr. Franz C. Mayer, LL.M. (Yale)	24
Veröffentlichungen	24
Vorträge	25
Interviews	28
Podiumsdiskussionen, Workshops, Fachgespräche, Anhörungen, Sonstiges	30
Prof. Dr. Daniel Thym, LL.M. (London)	30
Veröffentlichungen	30
Vorträge	31
Interviews	32
Podiumsdiskussionen, Workshops, Fachgespräche, Anhörungen, Sonstiges	33
Prof. Dr. Stephan Wernicke	33
Veröffentlichungen	33
Vorträge	33
Prof. Dr. Steffen Hindelang, LL.M. (Sheffield)	33
Veröffentlichungen	33
Vorträge	34
Beratertätigkeiten	34
Dr. Mattias Wendel, Maîtr. en droit (Paris 1)	34
Veröffentlichungen	34
Vorträge	35
Podiumsdiskussionen, Workshops, Fachgespräche, Anhörungen, Sonstiges	36

Edgar Lenski	36
Veröffentlichungen.....	36
Kristin Bettge	36
Veröffentlichungen.....	36
Podiumsdiskussionen, Workshops, Fachgespräche, Anhörungen, Sonstiges.....	36
Lars S. Otto, LL.M. (LSE)	37
Veröffentlichungen.....	37
Podiumsdiskussionen, Workshops, Fachgespräche, Anhörungen, Sonstiges.....	37
Martin Mlynarski	37
Veröffentlichungen.....	37
Vorträge	37
Podiumsdiskussionen, Workshops, Fachgespräche, Anhörungen, Sonstiges.....	38
10. Schriftenreihe Europäisches Verfassungsrecht / WHI-Papers	38
11. Internationaler Forscheraustausch	39
Auswärtige Lehrtätigkeit und Teaching Staff Mobility	39
Prof. Dr. Franz Mayer, LL.M. (Yale).....	39
Prof. Dr. Stephan Wernicke.....	39
Prof. Dr. Steffen Hindelang, LL.M. (Sheffield)	39
Gastforscher	40
12. Promotionen am WHI	40
13. Beteiligung an der Lehre	41
European Online Academy	41
Studiengang Europawissenschaften	41
MEGA-Programm	41
LL.M.-Programm	42
Model European Union Conference	42
Robert Bosch Stiftung: Introductory Workshop im Rahmen des Bellevue-Programms	44
14. Kontakt	45

* 1. Einleitung

Auch im Jahr 2012 beherrschte die Finanzkrise die Debatte zum Europäischen Verfassungsrecht. Die 2010 und 2011 beschlossenen Maßnahmen, insbesondere die Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes durch das „Six-Pack“, der Euro-Plus-Pakt und schließlich auch die neuen Regelungen über die Aufsicht der Banken und Finanzinstitute einschließlich des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken erwiesen sich als unzureichend. So wurde von der Kommission ein neues Reformpaket, das „Two-Pack“ auf den Weg gebracht, in dem u.a. die Regelungen zum Europäischen Semester ausgebaut und in der Sache auch die Schuldenbremse rechtlich verankert werden sollen. Diese wurde neben einer noch stärkeren Koordinierung der Wirtschaftspolitiken auch mit dem Fiskalpakt zwischen 25 Mitgliedstaaten vereinbart, nachdem eine entsprechende Vertragsänderung vom Vereinigten Königreich und von der Tschechischen Republik ausgeschlossen wurde. Die Ratifikation des Fiskalpakts, der am 1. Januar 2013 in Kraft treten konnte, ist zugleich als Bedingung für Hilfen aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) konzipiert, der als dauerhaftes Instrument zur Rettung des Euro insgesamt durch die Unterstützung von Mitgliedstaaten eingerichtet wurde, denen die Zahlungsunfähigkeit droht. Um Zweifel an der Vereinbarkeit des ESM, der an die Stelle des bis Sommer 2013 eingerichteten Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) tritt, mit der „no-bail-out“-Klausel des Art. 125 AEUV auszuräumen, wurde im vereinfachten Vertragsänderungsverfahren zudem ein neuer Art. 136 Abs. 3 AEUV beschlossen. Er bescheinigt den Mitgliedstaaten das Recht, „einen Stabilitätsmechanismus einrichten, der aktiviert wird, wenn dies unabdingbar ist, um die Stabilität des Euro-Währungsgebiets insgesamt zu wahren. Die Gewährung aller erforderlichen Finanzhilfen im Rahmen des Mechanismus wird strengen Auflagen unterliegen“. Diese Vertragsänderung wie auch die Einrichtung des ESM waren Gegenstand eines Vorlageverfahrens, in dem der Irische Supreme Court nach der Vereinbarkeit mit den Unionsverträgen fragte. Im Urteil „Pringle“ vom 27. November 2012 hat der EuGH die Vereinbarkeit bestätigt, dabei aber Wert auf die Feststellung gelegt, dass die Hilfsmaßnahmen nur unter Achtung der hier genannten Bedingungen ergriffen werden dürfen und dem Ziel dienen müssen, den betreffenden Mitgliedstaat zur Haushaltsdisziplin anzuhalten. Insbesondere „sollen die strengen Auflagen, denen jede vom ESM bereitgestellte Stabilitätshilfe unterliegt, sicherstellen, dass der ESM und die Empfängermitgliedstaaten die von der Union, insbesondere im Bereich der Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten, getroffenen Maßnahmen beachten, die ihrerseits u. a. gewährleisten sollen, dass die Mitgliedstaaten eine solide Haushaltspolitik verfolgen“ (EuGH Rs. C-370/12 – [Pringle](#), Rn. 143). Gegen das im Sommer 2012 ergangene Gesetz zur Ratifikation des ESM-Vertrages sowie der Einführung des Art. 136 Abs. 3 AEUV war zuvor schon eine Vielzahl von Verfassungsbeschwerden an das BVerfG gerichtet worden, verbunden mit einem Antrag auf einstweilige Anordnung, mit der die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde verhindert werden sollte. Mit seiner Eilentscheidung vom 12. September 2012 hat das BVerfG diesen Antrag abgelehnt, sich aber die Entscheidung in der Hauptsache vorbehalten (2 BvR 1390/12 ua., – [ESM/Fiskalvertrag/Art. 136 III AEUV n. F.](#)). Hier will sich das Gericht auch zu dem kurz vorher gefassten Beschluss der EZB äußern, künftig, wenn für das Funktionieren des Anleihenmarktes nötig, unbegrenzt Staatsanleihen auch von Krisenstaaten auf dem Sekundärmarkt aufzukaufen.

Die Rechtsfragen, die mit diesen Krisenmaßnahmen verbunden sind, haben das WHI im Jahre 2012 intensiv beschäftigt. Es begann mit einem über Neujahr 2012 erbetenen Gutachten für die Grünen-Fraktion des Europäischen Parlaments und dessen Präsentation und Diskussion in Brüssel. An zahlreichen Sitzungen in Bundestag und Bundesrat, Konferenzen und Workshops zu diesem Themenkreis waren Mitarbeiter oder Fellows des WHI geladen, um an den Beratungen aktiv mitzuwirken. Eine von *Sylvie Goulard* (MdEP-ALDE) initiierte

Studie des WHI zur Frage, mit welchen Reformen auf der Ebene des Sekundärrechts aber auch der Verträge die Krise demokratisch überwunden und die Europäische Union künftig gegen erneute Krisen gewappnet werden können, beschäftigte das WHI-Team bis in den Sommer und führte zu einem viel beachteten Buch (s. unten, Ziff. 8). Ein besonderer Höhepunkt war das hierzu durchgeführte Werkstattgespräch am 27. April 2012, das überaus prominente Wissenschaftler und Europapolitiker zusammenführte und für die Endfassung des Buches ganz wesentliche Impulse gab.

Diese Arbeiten und eine Reihe von öffentlichen Vorträgen, gehalten von Gästen in den Reihen FCE und HRE, u.a. vom Präsidenten des Europäischen Parlaments, *Martin Schultz*, und vom Präsidenten des Europäischen Rates, *Herman van Rompuy*, einerseits, von Mitgliedern des WHI andererseits, zielen auf die schrittweise Vorbereitung einer Reform der EU-Verträge, bei der es auch darum gehen wird, die Asymmetrie zwischen Wirtschafts- und Währungsunion aufzuheben und in demokratisch besser legitimierter Weise durch eine kohärente europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik künftig Verwerfungen in der Union zu vermeiden.

Daneben konnte mit der förmlichen Gründung des Alexander von Humboldt Instituts für Internet und Gesellschaft (HIIG gGmbH) zum 28. März 2012 die Arbeit vorangetrieben werden, in der es auch um die globale Perspektive des Verfassungsrechts geht (www.hiig.de). Mit einer internationalen Konferenz zum „Datenschutz des 21. Jahrhunderts. Spielregeln für die Informationsgesellschaft“, die Prof. Pernice für das HIIG zusammen mit dem BMI über drei Workshops im Sommer 2012 vorbereitete und am 17./18. Oktober in Berlin veranstaltete, wurde der Kommissionsvorschlag für eine Grundverordnung zum Datenschutz intensiv behandelt und der Grundstein gelegt für ein Forschungsprojekt über „Global Privacy Governance“, in dem Möglichkeiten eine globalen Regelung zu einem für die Menschen immer wichtigeren Grundrecht transdisziplinär erkundet werden sollen. Aus europäischen Erfahrungen soll hier, wie es auch der Ansatz des Graduiertenkollegs Grakov ist, gelernt werden, wie angesichts der zunehmenden Verdichtung des gesellschaftlichen Beziehungen und der wachsenden Herausforderungen über alle Grenzen hinweg eine globale Rechts- und Verfassungsordnung konzeptualisiert und entwickelt werden kann.

Wir danken der Robert-Bosch-Stiftung, der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland und der Deutschen Post AG für die gute Zusammenarbeit bei den Vortragsreihen FCE und HRE. Der Friedrich-Ebert-Stiftung danken wir herzlich für die Zusammenarbeit bei der Durchführung der MEUC. Die Finanzkraft des Vereins für Europäisches Verfassungsrecht blieb auch im Jahre 2012 trotz aller Knappheit stabil. Allen Spendern, Mitgliedern des Vereins und allen Mitarbeitern und Freunden des Instituts sei an dieser Stelle für ihr freundliches Engagement herzlich gedankt.

2. Zielsetzung des Instituts

Das Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht (WHI) wurde im Oktober 1997 gegründet. Ziel bleibt primär die Erforschung und Diskussion der Grundlagen, Strukturen und Inhalte einer europäischen Verfassungsordnung auf verfassungsvergleichender Basis. Die Erweiterung auf das Thema des „global constitutionalism“, wie sie bereits im Graduiertenkolleg seit 2006 angelegt ist, soll schrittweise



hinzukommen. Dem allen dient der kontinuierliche Ausbau des vom WHI initiierten und von Prof. Pernice koordinierten Netzwerks von Instituten zur kooperativen Forschung auf dem Gebiet des europäischen Verfassungsrechts („European Constitutional Law Network“ - ECLN), der Einsatz moderner Kommunikationstechnologien zur Intensivierung des europäischen, ja weltweiten Diskurses über eine europäische Verfassung sowie die Nutzung der geographischen Lage Berlins und des Profils der Humboldt-Universität als „Brücke zwischen Ost und West“. Die Integration von Theorie und Praxis durch praxis- und politikorientierte Veranstaltungen in der Bundeshauptstadt und die Förderung eines öffentlichen, europaweiten Verfassungsdiskurses – und darüber hinaus – werden ebenso angestrebt wie die Beratung der Politik zu zentralen Fragen des Europäischen Verfassungsprozesses.

3. Aufbau des Instituts

Das Walter Hallstein-Institut ist eine wissenschaftliche Einrichtung der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, die sich der Stärkung des Diskurses über die Entwicklung der Europäischen Union verschrieben hat und diese Entwicklung mit wissenschaftlichen Arbeiten und Vorträgen unterstützen will. Es stützt sich zum einen auf eine Spezialbibliothek zum vergleichenden Verfassungs- und Europarecht (Walter Hallstein-Bibliothek), zum anderen auf einen Internetauftritt (www.whi.eu), in dem es darum geht, aktuelle europäische Themen aufzugreifen, Materialien von renommierten Wissenschaftlern zu veröffentlichen sowie über Neuigkeiten des Instituts zu informieren. Die dritte Säule ist die internationale Kooperation im Rahmen des European Constitutional Law Network (ECLN), das mit wissenschaftlichen Symposien, Projekten und Materialien in einem eigenen Internetangebot (<http://www.ecln.net>) die europäische Forschung zum Verfassungsrecht unterstützt.

Die Anschubfinanzierung wurde durch einen Zuschuss der Europäischen Kommission und Spenden diverser privater Stiftungen sichergestellt. Daneben bildet der WHI-Förderverein eine wesentliche Stütze für die dauerhafte Finanzierung der Institutsarbeit.

Leitung und Mitarbeiter

Direktor des WHI ist seit der Gründung im Jahre 1997 Prof. Dr. Dr. h.c. *Ingolf Pernice*, Lehrstuhl für öffentliches Recht, Völker- und Europarecht. Als Co-Direktor hat Prof. Dr. *Michael Kloepfer*, ehemals Inhaber des Lehrstuhls für Staats- und Verwaltungsrecht, Umweltrecht, Europarecht, Finanz- und Wirtschaftsrecht an der Humboldt-Universität, das Institut über lange Zeit wohlwollend begleitet.



Eigenes Personal hat das WHI nicht. Umso mehr ist das Institut denjenigen dankbar, die unabhängig, als Senior Fellows, als Fellow oder als Mitarbeiter die Arbeit des WHI auch im Jahr 2012 mitgetragen haben: Dr. *Mattias Wendel*, *Maîtr. en droit* (Paris I) als wissenschaftlicher Assistent, *Martin Mlynarski*, *Lars S. Otto*, LL.M. (LSE), *Kristin Bettge*, *Rüdiger Schwarz*, *Michael Schwarz*, *Julia Wunderer*, *Patricia Stöbener*, LL.M. (London) und neu dabei *Jan Flegel* als wissenschaftliche Mitarbeiter/innen, sowie *Henrike Maier*, *Henner Fries-Henrich* und *Sebastian Leuschner* als studentische Hilfskräfte am Lehrstuhl Pernice. Die Aufgabe von Henner Fries-Henrich übernimmt seit Ende des Jahres *Mihai Corman*. Für das Grakov-Graduiertenkolleg waren Dr. *Lars Viellechner* und Dr. *Johanna Sprondel* für Koordination und Beratung zuständig. Sie wurden von *Roman Kowolik* und *Anke Ortmann* als studentische MitarbeiterInnen unterstützt. Im Oktober trat *Hannfried Leisterer* die Nachfolge von *Anke Ortmann* an.

Die früheren Mitarbeiter Prof. Dr. *Daniel Thym*, LL.M. (London), Prof. Dr. *Franz C. Mayer*, LL.M. (Yale), Prof. Dr. *Stephan Wernicke* sowie Prof. Dr. *Steffen Hindelang*, LL.M. (Sheffield) unterstützen das WHI als Senior Fellows, *Edgar Lenski* bleibt dem WHI trotz seiner anspruchsvollen Aufgaben im BMWi als Fellow verbunden. Die Betreuung des Fördervereins und die Neuwerbung von Mitgliedern sowie die Verwaltung und Buchhaltung für das WHI besorgte dankenswerter Weise *Gabriele Müller*.

Förderverein

Der gemeinnützige Förderverein „Verein für Europäisches Verfassungsrecht e.V. – Freunde und Förderer des Walter-Hallstein-Instituts für Europäisches Verfassungsrecht“ wurde im Januar 2000 zur Sicherstellung der fortlaufenden Finanzierung gegründet. Damit werden die Förderungsmöglichkeiten durch Drittmittel verbessert und die wissenschaftliche Unabhängigkeit des Instituts garantiert. Der Verein steht natürlichen wie institutionellen Mitgliedern offen. Er zählt inzwischen 64 namhafte Mitglieder aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Gerichten und Wissenschaft.

Institutionelle Mitglieder des Vereins sind die Sozietäten Hengeler Mueller und Freshfields Bruckhaus Deringer, die Deutsche Post AG sowie das Bundesministerium der Justiz.

Dem Förderverein kommt eine wesentliche Rolle bei der Finanzierung der Kosten zu. In diesem Jahr hat der Verein eine Gesamtsumme von ca. 15.000 € (inklusive zweckgebundener Sponsorengelder für die HRE- und FCE-Reden) aufgebracht. Die hauptsächlichen Ausgabenposten betrafen die Veranstaltung der HRE- und FCE-Redenreihen, die Anschaffung neuer Literatur für die Institutsbibliothek sowie Druckkostenzuschüsse für Publikationen.

In Zukunft soll sich der Verein weiter der Förderung der Publikationen des WHI widmen sowie zum Ausbau der Walter Hallstein-Bibliothek und der Pflege der institutseigenen Homepage beitragen. Hierzu bauen wir weiterhin auf die ideelle wie finanzielle Unterstützung aller Vereinsmitglieder. Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt mindestens 30 €, institutionelle Mitglieder entrichten einen Mindestbetrag von 500 €. Der Verein steht allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern offen, aber auch institutionellen Mitgliedern aus Wirtschaft, Politik, Kultur und Zivilgesellschaft, und freut sich über jeden neuen Antrag auf Mitgliedschaft.

Unter Sekretariat@whi-berlin.de kann mit dem Förderverein Kontakt aufgenommen werden.

Die Walter Hallstein-Bibliothek

Die in einem eigenen Bibliotheks- und Seminarraum untergebrachte Walter Hallstein-Bibliothek konzentriert sich auf verfassungs- und europarechtliche Literatur aus Mitglied- und Beitrittsstaaten der Europäischen Union und aus Drittländern, insbesondere den USA. Dazu gehören neben Monographien, Kommentaren und Lehrbüchern auch repräsentative juristische Zeitschriften. Die Literaturdatenbank des Instituts erfasst alle am Institut befindlichen Bücher, in ihr kann aber auch systematisch nach den in den letzten Jahren gesammelten Sonderdrucken und Einzelartikeln zu den zentralen Sachthemen gesucht werden.

Derzeit umfasst der Bestand der Bibliothek 5532 Titel. Im diesem Jahr wurden 481 neue Titel erworben. Daneben beherbergt die Bibliothek auch Bestände, die durch Fördermittel des Grakov-Graduiertenkollegs „Verfassungsrecht jenseits des Staates: Von der europäischen zur globalen Rechtsgemeinschaft“ sowie des MEGA-Programms (s. Kapitel 6 und 12) finanziert werden konnten.

Die Bibliothek ist nicht nur das Zentrum der Forschungsarbeit, sondern der ansprechende Raum wird auch für europarechtliche Seminare, die WHI-Werkstattgespräche und die wissenschaftlichen Begegnungen des Graduiertenkollegs genutzt. Die Hallstein-Bibliothek steht

für Forschungsarbeiten den Studierenden und Mitarbeitern der Humboldt-Universität sowie interessierten Forscherinnen und Forschern aus dem In- und Ausland offen. Interessierte können sich unter bibliothek@whi.eu für die Bibliotheksnutzung anmelden und haben unter (<http://www.whi-berlin.eu/bibliothek.html>) Zugriff auf die Literaturdatenbank.

Für die Organisation und Buchhaltung der Bibliothek auch in diesem Jahr sind wir *Gabriele Müller* zu großem Dank verpflichtet.

Die Webseite des WHI

Informationen zu allen vom Institut ausgehenden Aktivitäten und Publikationen werden der Öffentlichkeit auf unserer Webseite www.whi.eu zur Verfügung gestellt. Hierzu gehören vor allem die Texte der Vorträge des FCE und der Humboldt-Reden zu Europa, wissenschaftliche Veröffentlichungen und Kurzbeiträge zum europäischen Verfassungsrecht (WHI-Papers), aber auch Links zu anderen Angeboten zum Europarecht bzw. zur Europapolitik. Auch die Literaturdatenbank der Institutsbibliothek ist hier einsehbar.



Das European Constitutional Law Network (ECLN)

Das WHI ist Initiator und zentraler Knoten eines Netzwerkes von Instituten mit ähnlicher Zielsetzung in den meisten Mitgliedstaaten Europas und den USA (European Constitutional Law Network), das mit einer eigenen Webseite auftritt (www.ecln.net). Das Netzwerk dient der europäischen bzw. internationalen Forschungskooperation sowie dem Gedankenaustausch zu Themen des Europäischen Verfassungsrechts. Es führt dazu internationale Symposien an den jeweiligen Standorten der Partnerinstitute durch. Nicht zuletzt begünstigt die gemeinsame Arbeit in einem derartigen Netzwerk auch den personellen Forscheraustausch.

Das ECLN verfügt über keine eigenen Organe oder Einrichtungen. Prof. Pernice nimmt seit der Gründung des ECLN die Aufgabe des Koordinators wahr. Gegründet wurde es im Zusammenhang mit der WHI-Eröffnungstagung 1998 in Berlin. Das mittlerweile neunte ECLN-Symposium fand am 11. und 12. Oktober 2012 auf Einladung von Prof. *J.H.H. Weiler* an der New York University statt.

Soweit verfügbar, sind alle Beiträge zu den Symposien auf der Webseite des ECLN unter <http://www.ecln.net> veröffentlicht. Daneben erscheinen die Beiträge regelmäßig auch in Buchform in den eigens hierfür eingerichteten „European Constitutional Law Network Series“ bei NOMOS.

Seit einigen Jahren wurde im Blick auf die Intensivierung eines interdisziplinären Dialogs der Mitgliederkreis über die Experten des Europa- und Verfassungsrechts hinaus schrittweise auf Politikwissenschaftler ausgedehnt, die mit ihren Beiträgen Horizont und Perspektiven

des ECLN wesentlich erweitern. Die aktuelle Liste der Mitglieder sowie weitere Informationen zum ECLN sind online zu finden unter <http://www.ecln.net>. Unter den angegebenen Adressen besteht auch die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme. Seitens des WHI ist Dr. *Mattias Wendel*, Maître en droit (Paris 1) mit der Betreuung des ECLN betraut.

Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (HIIG)



Eine neue Dimension der Forschung zum europäischen und – erweitert – zum globalen Verfassungsrecht eröffnet die Gründung des Alexander von Humboldt Instituts für Internet und

Gesellschaft. Hier verbindet sich eine Initiative von Google Deutschland mit dem im WHI durch Prof. Pernice schon seit 2005 in Angriff genommenen und theoretisch Schritt für Schritt mit einem Beitrag zur Festschrift für Christian Tomuschat (2006), durch einen Forschungsaufenthalt in Princeton (2008/09) und mit dem Graduiertenkolleg (s.u.) entwickelten Projekt der Erforschung der „global dimension of multilevel constitutionalism“. Bei den jetzt primär von Prof. Pernice zusammen mit Kollegen der Humboldt-Universität in Angriff genommenen Forschungsthemen „Global Privacy Governance“ und „verwaiste Werke“ ist wegen der betreffenden Initiativen oder Rechtsetzung der EU ein unmittelbarer Bezug zum europäischen Verfassungsrecht gegeben.

Die Europäische Union sucht mit der „Digitalen Agenda für Europa“ die Bedingungen für technische und auch gesellschaftliche Innovation zu verbessern und nutzt die neuen Möglichkeiten in vielerlei Hinsicht. Das Internet-Forum zum Verfassungskonvent war ein frühes Beispiel. Neue Initiativen zu Datenschutz und Eigentumsrechten im Internet sind andere Beispiele. So wie die hier entwickelten Mechanismen überstaatlicher Politik und Rechtsetzung könnten auch die jetzt in die Diskussion gebrachten europäischen Lösungen Modell für künftig global wirksames Recht sein. Das durch Spezialisten der Wirtschaftsinformatik, der Politikwissenschaft, des Medienrechts und des Verfassungsrechts geschaffene interdisziplinäre Leitungsteam des Instituts begründet die Erwartung einer fruchtbaren Bündelung von Kompetenz aus den relevanten Bereichen, wie sie für die Erforschung der Entwicklung eines globalen Verfassungsrechts im Zeitalter des Internets unerlässlich ist.

Als Gründungsmitglied und Sprecher der Direktoren des neuen Instituts, das als An-Institut mit der Humboldt-Universität zu Berlin verbunden sein soll, wird Prof. Pernice auch sachlich um eine enge Zusammenarbeit mit dem WHI besorgt sein, idealerweise zum Vorteil für beide Institute.

Konferenz zum Datenschutz des 21. Jahrhunderts

Das erste größere Projekt des HIIG, welches Aspekte des Datenschutzrechts mit solchen des EU-Rechts vereint, ist die Diskussion um den Entwurf für eine neue Datenschutzgrundverordnung, den die Europäische Kommission im Zuge der rasanten technischen Veränderungen und einer damit einhergehenden exponentiellen Zunahme bei der Entstehung und Verarbeitung personenbezogener Daten im Januar 2012 vorgelegt hat. Diese soll die bestehende Richtlinie aus dem Jahr 1995 ersetzen und verfolgt damit die Zielsetzung, in diesem Bereich einen unmittelbaren und einheitlichen Rechtsrahmen für alle Mitgliedstaaten der EU zu schaffen.

In diesem Zusammenhang hat der Forschungsbereich „Globaler Konstitutionalismus und Internet“ am HIIG, den Prof. Pernice als Forschungsdirektor leitet, zusammen mit dem Bundesministerium des Innern (BMI) im Sommer 2012 drei Workshops mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu ausgewählten Themenbereichen des Verordnungsentwurfes durchgeführt, deren



Ergebnisse auf einer umfassenden Datenschutzkonferenz im Oktober unter Beteiligung von Innenminister *Hans-Peter Friedrich* präsentiert wurden.

Die Arbeit des Instituts wird maßgeblich von *Rüdiger Schwarz* betreut. Nähere Informationen zum HIIG und seiner weiteren Entwicklung finden sich auf der neuen Seite des Instituts unter www.hiig.de.

4. Forum Constitutionis Europae (FCE)

Als Diskussionsforum zum Europäischen Verfassungsrecht und zu den aktuellen politischen Entwicklungen in Europa, in dem Wissenschaftler, Politiker, Richter und hohe Beamte als Referenten zu Wort kommen, ist das FCE zu einer Institution im Zentrum Berlins geworden. Die Vortragsreihe gehörte seit Mitte 1998 zu den Hauptaktivitäten des Instituts. Seit 1999 wurde sie freundlicherweise durch die Robert Bosch Stiftung (RBSG) gefördert, seit April 2003 war das FCE ein gemeinsames Projekt vom WHI und der RBSG. Das breit gefächerte Spektrum der Vorträge eröffnete fruchtbare und an der aktuellen Entwicklung ausgerichtete Perspektiven und vermittelte Anregungen für Studierende, Politiker und Wissenschaft.

Die wissenschaftliche Betreuung des FCE verantwortete *Rüdiger Schwarz*. Unterstützt wurde er im Jahr 2012 von *Georgi Batoev*. Durch ihre tatkräftige Mithilfe hat auch Frau *Gabriele Müller* für ein Gelingen der Vortragsreihe gesorgt.

Zum Ende des Jahres lief die Förderung der Redenreihe aus. Das WHI bedankt sich ganz besonders herzlich bei allen ReferentInnen, vor allem aber bei der Robert-Bosch-Stiftung für die hervorragende Zusammenarbeit. Es gelang, gemeinsam eine beeindruckende Bandbreite prominenter Redner für die Redenreihe zu gewinnen. So teilten zahlreiche Koryphäen aus den verschiedensten Bereichen ihre Gedanken zu Europa mit einem interessierten Publikum und regten stets einen intensiven Gedankenaustausch an. Zu den Rednern gehörten unter anderem diverse Mitglieder der Europäischen Kommission wie *Karel de Gucht* oder *Günther Oettinger*, nationale Minister verschiedener Ressorts wie z.B. die Finanzminister Deutschlands und der Niederlande, Dr. *Wolfgang Schäuble* und *Jan Kees de Jager*, oder den französischen und norwegischen Außenministern *Bernard Kouchner* und *Jonas Gahr Store*, Wirtschaftsgrößen wie

der US-Investor *George Soros* oder Google Chef *Eric Schmidt*, Vertreter des deutschen und europäischen Parlamentsbetriebs wie Bundestagspräsident Prof. Dr. *Norbert Lammert* oder Vertretern des Europäischen Parlaments wie *Martin Schulz*, *Elmar Brok*, *Jo Leinen* oder *Sylvie Goulard*, Vertreter der Rechtsprechung wie Prof. Dr. *Thomas von Danwitz*, Richter am EuGH oder Prof. Dr. *Hans-Jürgen Papier*, ehemals Präsident des Bundesverfassungsgerichts, sowie Vertreter z.B. des bulgarischen oder polnischen Verfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, der Europäische Bürgerbeauftragte *P. Nikiiforos Diamandouros* und nicht zuletzt renommierte Vertreter der Wissenschaft wie Prof. Dr. *Peter Häberle*, Prof. Dr. *Dieter Grimm*, Prof. *Paul Craig*, Prof. *Daniel Halberstam*, Prof. *J.H.H. Weiler*, Prof. Dr. *Christian Tomuschat*, Prof. Dr. *Armin von Bogdandy*, Prof. Dr. *Christian Callies* und viele andere mehr.

Trotz des Förderungsauflaufs soll das FCE auch in Zukunft, unter Umständen in veränderter Form, fortgeführt werden. Dazu werden in den kommenden Monaten konkrete Konzepte erarbeitet und diskutiert.

Im Jahre 2012 sprach in dieser Reihe zunächst **Jean-Claude Piris**, ehemals Generaldirektor des Juristischen Dienstes des Rates der Europäischen Union zum Thema: „**The Euro Crisis, Democratic Legitimacy and the Future Two-Speed Europe**“.

In seinem Vortrag konstatierte *Piris* die dringende Reformbedürftigkeit der Europäischen Union, deren Entscheidungsfindung im Grunde immer noch auf dem Modell der Gemeinschaft der sechs Gründungsmitglieder beruhe. Er präsentierte verschiedene Reformvorschläge, angefangen bei einer Überarbeitung der vertraglichen Grundlagen, über eine verstärkte Zusammenarbeit williger Staaten im Rahmen der bestehenden Verträge bis hin zu Modellen eines Europas der unterschiedlichen Geschwindigkeiten (Two-speed-Europe). Letzteres wird von ihm aufgrund der spätestens seit der Osterweiterung sehr heterogen gewordenen EU präferiert. Um ein Auseinanderfallen der Union zu verhindern, müsse dieses aber transparent und offen gestaltet sein und sich nahtlos in die bestehenden europäischen Strukturen einfügen. Bzgl. der Gestaltung wies er einerseits auf die Möglichkeit hin, durch politische Absichtserklärungen und Verpflichtungen eine engere Zusammenarbeit und Integration williger Mitgliedstaaten zu erreichen. Andererseits brachte er aber auch die Schaffung einer neuen Organisation ins Spiel, die noch stärker als die Europäische Union integriert sein, mit dieser aber in Einklang stehen und eng verzahnt sein soll. Eine solche Union hätte eigene Organe und auch eine parlamentarische Vertretung, die aber möglichst klein gehalten werden und aus Vertretern der nationalen Parlamente bestehen sollte, um angesichts der sowieso schon stetig sinkenden Beteiligung an der Wahl zum Europäischen Parlament nicht noch eine weitere Wahl auf europäischer Ebene einzuführen. Einbindungen bestehender Organe der EU wie z.B. des EuGH sollen dabei nicht ausgeschlossen sein. Eine solche weitergehende Integration sollte sich aber nicht nur auf die Wirtschafts- und Währungsunion beschränken, sondern auch andere Politikbereiche wie die Steuer- oder die Sozialpolitik umfassen. Nur so könnten die politischen Strukturen einfach und nachvollziehbar gestaltet werden und dem Bürger vermittelbar bleiben.

Zum Abschluss der Förderperiode sprach Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. **Peter Michael Huber** über das Thema „**Die EU als Herausforderung für das Bundesverfassungsgericht**“.

In seiner Rede zeichnete Huber detailliert die europarechtsbezogene Verfassungsrechtsprechung der vergangenen Jahrzehnte nach, darunter die Solange-Rechtsprechung, das Maastricht- oder das Lissabonurteil oder jüngst die Entscheidungen zu EFSF, ESM, Griechenlandhilfen und das Bundestagssondergremium. Insgesamt sieht er vier Felder, auf denen das Bundesverfassungsgericht als maßgeblicher Akteur in Erscheinung tritt: die Kontrolle des

europäischen Primärrechts, die Europäisierung der deutschen Verfassungsordnung und die nationale Rückbindung der unionalen Institutionenordnung, das Kooperationsverhältnis mit dem EuGH beim Vollzug des Integrationsprogramms sowie die Konfliktbewältigung mit der Rechtsprechung des EGMR. Auch wenn die Rechtsprechung des BVerfG in all diesen Bereichen vereinzelt kritikwürdig sei, so z.B. die detaillierte Aufzählung besonders souveränitätssensibler Politikbereiche im Lissabon-Urteil, sei es dem Gericht in der Gesamtschau doch gelungen, einerseits die vom Grundgesetz vorgegebenen Anforderungen an die Bewahrung der Eigenstaatlichkeit der Mitgliedstaaten, und andererseits die Notwendigkeit der einheitlichen Anwendung des Europarechts miteinander in Einklang zu bringen. Auch wenn die Bedeutung der nationalen Verfassungsgerichte mit zunehmender Internationalisierung und Europäisierung schwinde, verbleibe ihnen zumindest der ganz wesentliche Zweck einer jeden Verfassung: die Einheitsbildung. Durch die zunehmende Verflechtung europäischer und nationaler Entscheidungsebenen stelle sich die Frage nach den verfassungsrechtlichen Grenzen weiterer Integrationschritte immer öfter. Zudem komme dem BVerfG als Verfassungsorgan darüber hinaus die besondere Bedeutung zu, politische Konflikte durch rechtliche Entscheidungen zu bewältigen. Gegenwärtig gehöre zu den größten Herausforderungen der Umgang mit mehrpoligen Grundrechtskonstellationen, die u.U. eine Absenkung bisher garantierter Schutzstandards zur Folge haben könnten.



Alle FCE-Reden können auf der Webseite des WHI unter www.whi-berlin.eu eingesehen werden. Sie sind aber auch in Buchform veröffentlicht (s. unten Kapitel 10).

5. Humboldt-Reden zu Europa (HRE)



Am 12. Mai 2000 hatte Bundesaußenminister Joschka Fischer an der Humboldt-Universität zu Berlin eine Grundsatzrede zur Europäischen Integration gehalten, in der er seine Gedanken über eine „Europäische Föderation“ entwickelte. Infolge der großen Resonanz auf diese Rede entstand die Idee, die Humboldt-Universität zu Berlin in besonderer Weise als Ort der

perspektivischen Auseinandersetzung mit den Grundlagen und Grundfragen der Europäischen Integration auszuweisen.

Die Deutsche Nationalstiftung und die Humboldt-Universität zu Berlin, hier das Walter Hallstein-Institut, haben daher die Reihe „Humboldt-Reden zu Europa“ (HRE) ins Leben gerufen, die abseits der Tagespolitik zu einem lebendigen öffentlichen Diskurs über die weiteren Perspektiven der Europäischen Union beitragen soll. In unregelmäßigen Abständen sprechen ehemalige oder amtierende Staats- und Regierungschefs oder Präsidenten europäischer oder internationaler Institutionen über ihre Vorstellungen zur Zukunft Europas.

Im Jahre 2012 sprachen zwei herausragende Vertreter der Europäischen Union:

Am 7. Februar war der Präsident des Europäischen Rates, **Herman van Rompuy** zu Gast an der Humboldt-Universität. Er sprach zum Thema: „The discovery of co-responsibility – Europe in the debt crisis“.



Herman van Rompuy widersprach der These, dass die Schuldenkrise zu einer Renationalisierung Europas führe. Tatsächlich bewirke sie eine stärkere Europäisierung. Diese vollziehe sich aber gegenwärtig nicht in erster Linie durch institutionelle Anpassungen im Rahmen von Änderungen der vertraglichen Grundlagen der Union. Vielmehr löse die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der nationalen Regierungen neue integrative Schritte aus. Diese Notwendigkeit ergebe sich aus den Herausforderungen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Mitgliedstaaten stehen in einem Verhältnis gegenseitiger wirtschaftlicher wie politischer Abhängigkeit und tragen eine gemeinsame Verantwortung, die sie zur Zusammenarbeit zwingt:

„Yet for governments this interdependence means something else; for them it means the discovery of co-responsibility. A call of duty. They have to act together. Some would say dismissively the national leaders have

only acted for the European good under the pressure of events, not out of inner conviction. Well, the pressure of events can be very effective too. Ideas can guide men; hard facts teach them.“

Der Europäische Rat sei in diesem Prozess der entscheidende Impulsgeber. Der an ihn gerichteten Kritik der mangelnden demokratischen Legitimation seiner Entscheidungen entgegenete *van Rompuy*, dass die nationalen Parlamente während der Beratungen des Europäischen Rates stets sehr präsent seien, indem die Regierungschefs regelmäßig auf Beschlüsse ihrer Parlamente verwiesen und diese so die Verhandlungen beeinflussten:

„In meetings of the European Council, one feels the presence of all these parliaments. Not only do we listen to the President of the European Parliament at the beginning of each of our meetings – a Parliament to which one of our colleagues, the Commission President, is directly accountable. Many national leaders, in our discussions, refer to the position of their parliament, to defend specific amendments.“

Durch die Wahl der Mitglieder des Europäischen Rates und ihre parlamentarische Abhängigkeit in den Mitgliedstaaten werde die demokratische Legitimität dieses Organs gewährleistet. Gerade zum Zwecke der Europäisierung neuer Politikbereiche stelle diese Institution und die Methode der Kooperation mit dem Konsensprinzip das geeignete Instrument dar:

„in times of crisis, we reach the limits of institutions built on attributed competences. When we enter uncharted territory and new rules have to be set, the European Council, bringing the 27 country leaders, the President of the Commission and the President of the European Council around the table, is well placed to play its part. It is one of the reasons the European Council was founded in the 1970s. A formal institution since the Lisbon Treaty, the body still combines the force of the Member States with the qualities of the older institutions.“



Am 29. Mai folgte die Rede des Präsidenten des Europäischen Parlaments **Martin Schulz** zum Thema „**Das demokratische Europa**“.

Martin Schulz beschrieb die Demokratie als ein Gut, das stets der Erneuerung und Anpassung bedürfe:

Demokratien sind kein Zustand - sondern sie sind immer ein Prozess. An ihnen muss gearbeitet werden und sie verändern sich stetig durch Demographie und Ökonomie, durch technische Innovationen, durch neue Medien, Globalisierung und anderes. Solche Entwicklungen fordern alle Gesellschaften in allen Weltregionen heraus.

ändern sich stetig durch Demographie und Ökonomie, durch technische Innovationen, durch neue Medien, Globalisierung und anderes. Solche Entwicklungen fordern alle Gesellschaften in allen Weltregionen heraus.

Gegenwärtig existierten zwei Gefahren für die Demokratie in Europa: zum einen der Primat der Finanzmärkte über die Politik, zum anderen die damit einhergehende Verlagerung politischer Entscheidungsbefugnisse weg von der Legislative hin zur Exekutive, insbesondere in Gestalt des Europäischen Rates. Dem will *Schulz* die Stärkung der Befugnisse des Europäi-

schen Parlaments entgegensetzen. Dadurch würden zwar Entscheidungsprozesse verlängert, dafür aber die demokratische Legitimation und damit auch die Qualität der getroffenen Entscheidungen erhöht. Dazu führte er aus:

„Parlamente müssen genau das sein: schwierig und unbequem! Sie müssen politische Entscheidungen ans Licht der Öffentlichkeit zerren, und sie dort beraten, vielleicht verändern und manchmal sogar verwerfen. Dafür brauchen sie Zeit. Ja, Demokratie und Parlamentarismus brauchen Zeit. Und wenn wir uns diese Zeit nicht mehr nehmen, verändern wir unser Gesellschaftsmodell. Dann haben wir tatsächlich eine marktkonforme Demokratie - und nicht einen demokratiekonformen Markt, wie ich ihn mir wünsche.“

Im Zuge dieser Krise forderte er einen Neustart für die Demokratie in Europa. Als zentrale Eckpfeiler dieses Projekts nannte er die Stärkung der europäischen Öffentlichkeit, eine stärkere Streitkultur im Europäischen Parlament, die konsequente Umsetzung des Prinzips der Gewaltenteilung auf europäischer Ebene, die Schaffung echter europäischer Parteien, die Steigerung der Bedeutung der Wahlen zum Europäischen Parlament hinsichtlich der politischen Schwerpunktsetzung, eine starke europäische Zivilgesellschaft, eine europäische Medienlandschaft, die Stärkung des europäischen Grundrechtsschutzes, die Schaffung neuer Zukunftsperspektiven für die Bürger Europas und schließlich auch die institutionelle Neuordnung der europäischen Verfassungsorgane.

Viele der notwendigen Maßnahmen seien schon heute innerhalb des gegebenen rechtlichen Rahmens möglich. Allein der politische Wille hierzu fehle noch. *Martin Schulz* forderte insoweit ein politisches Umdenken. Nur als ein starkes, integriertes Europa könnten die europäischen Bürger ihre Rolle auf der Weltbühne auch weiterhin behaupten.

Die Humboldt-Reden zu Europa sind auf der Webseite des WHI in Textform und als Audioformat zugänglich. Seit 2007 werden sie auch in Buchform von Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Ingolf Pernice im Berliner Wissenschaftsverlag herausgegeben.



Dank der freundlichen Zusammenarbeit und Unterstützung der Kooperationspartner, der Europäischen Kommission: Vertretung in Deutschland und der Deutsche Post AG, kann die Redenreihe, die sehr erfolgreich von *Gabriele Müller* durchgeführt wird, weiter fortgesetzt werden.

6. Graduiertenkolleg „Verfassung jenseits des Staates“

Das Berliner Graduiertenkolleg „Verfassung jenseits des Staates: Von der europäischen zur globalen Rechtsgemeinschaft?“ – „Multilevel Constitutionalism: European Experiences and Global Perspectives“ ist Fragen der Geltung des Rechts und einer Konstitutionalisierung auf globaler Ebene vor dem Hintergrund der europäischen Erfahrungen gewidmet. Es wurde

auf Antrag der Humboldt-Universität im April 2006 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die Dauer von 4 ½ Jahren eingerichtet und 2010 um einen weiteren Zeitraum von 4 ½ Jahren bis 2015 verlängert. Sprecher des Kollegs ist Prof. *Pernice*, auf dessen Initiative das Projekt beruht. Trägerinnen und Träger des Graduiertenkollegs sind im Übrigen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer der Humboldt-Universität, der Freien Universität zu Berlin sowie der Universität Konstanz. Die Koodination des Graduiertenkollegs lag im Jahre 2012 in den Händen von Dr. *Johanna Sprondel* und Dr. *Lars Viellechner*.

Im Herbst 2009 hatte die zweite Generation Promovierender die erste Generation abgelöst. Sie wurde ihrerseits im Herbst 2012 von der dritten und damit letzten Generation von StipendiatInnen abgelöst. Den damals insgesamt 16 Stipendiatinnen und Stipendiaten und drei assoziierten Doktorandinnen und Doktoranden aus der Rechts-, Politik- und Geschichtswissenschaft folgen momentan 17 Stipendiatinnen und Stipendiaten, darunter eine Postdoc-Stipendiatin, sowie drei assoziierte Doktorandinnen und Doktoranden. Für weitere assoziierte Kollegiaten aus dem In- oder Ausland stand das Kolleg auch 2012 offen. Außerdem wurde der wissenschaftliche Austausch durch kurzzeitige Gastkollegiatinnen und -kollegiaten bereichert.



Die aktuell dritte Generation der Grakov-Stipendiatinnen und Stipendiaten

Das Kolleg bietet Rahmen und Anleitung zur Forschung im engen Gespräch der Kollegiatinnen und Kollegiaten untereinander sowie mit hochqualifizierten und engagierten Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis. Die vorwiegend rechtswissenschaftliche Ausrichtung wird durch die Einbindung von Historikern, Philosophen und Politikwissenschaftlern interdisziplinär flankiert.

Grundthema des Graduiertenkollegs sind die juristischen Konsequenzen aus der zunehmenden Verdichtung und Vernetzung der Beziehungen der Menschen infolge der Globalisierung

und die Rolle des Rechts als Instrument für die Wahrung des Friedens zwischen Menschen, Völkern und ihren Staaten. Die Analyse der Entwicklung der Europäischen Union als Rechtsgemeinschaft führt zu der Frage, ob und inwieweit das Konzept der Rechtsgemeinschaft global weitergedacht werden kann. Europa kann Modell, aber auch Kontrapunkt zur Entwicklung einer globalen Rechtsordnung sein. Die Rolle des Staates als zentraler Ordnungsfaktor erscheint auch in einem globalen Mehrebenensystem als unverzichtbar, sie ist im Lichte eines „multilevel constitutionalism“ oder anderer neuer theoretischer Ansätze aber auch Änderungen unterworfen. In diesem Themenfeld liegen die Forschungsthemen der aus einer Vielzahl von Bewerbern ausgewählten Stipendiaten.

Grakov-Tagung

Im Jahr 2012 fand am 09. und 10. November eine Einführungstagung am Scharmützelsee statt. Sie diente dem näheren Kennenlernen der Kollegiaten und dem Erfahrungsaustausch. Die KoordinatorInnen des Kollegs sowie KollegiatInnen der zweiten Generation berichteten von ihren Erfahrungen im interdisziplinären wissenschaftlichen Arbeiten. Weiterhin hielten Prof. Ingolf Pernice, Prof. Dieter Grimm und Prof. Hauke Brunkhorst Vorträge zu Fragen des Verfassungsbegriffs und diskutierten mit den Kollegiaten über Ideen und Streitfragen.

Wissenschaftliches Begleitprogramm

Zu den Angeboten des Graduiertenkollegs gehört die Organisation eines anspruchsvollen wissenschaftlichen Begleitprogramms. Neben den regelmäßig stattfindenden Fortschrittsberichten und Literaturkreisen steht eine Gastvortragsreihe im Vordergrund. Die Vorträge mit anschließender Diskussion finden regelmäßig in der WHI-Bibliothek statt. Die Referenten stellen dabei ihre neuesten Ideen und Forschungsprojekte vor und erlauben damit den KollegiatInnen, im kritischen Gespräch mit weltweit führenden Wissenschaftlern wirklich an den Stand der Forschung unmittelbar anzuknüpfen. Die Veranstaltungen stehen auch Gästen jederzeit zur Teilnahme offen.

Im Jahre 2012 konnten folgende Referenten im Graduiertenkolleg begrüßt werden:

05. Dezember: **Dr. Thomas Kleinlein**, Goethe-Universität Frankfurt am Main: „Konstitutionalisierung im Völkerrecht“.

13. November: **Prof. Dr. Gunther Teubner**, Goethe-Universität Frankfurt am Main, International University College Turin: „Eigenverfassungen globaler Institutionen: Transformationen des pouvoir constituant“.

26. Oktober: **Prof. Kim Lane Scheppele**, Princeton University: „How to react to constitutional crisis in Hungary and Romania“.

15. Oktober: **Prof. Dr. Susanne Baer**, Humboldt-Universität zu Berlin, Bundesverfassungsrichterin (zugleich als Festvortrag zur Begrüßungsveranstaltung für die neue Kollegiatengeneration): „Gespräche im Verfassungsgerichtsverbund: Anmerkungen zu Praxen des Verfassungsrechts“.

4. Juli: **Henrik R. Lesaar**, Leiter des Referats Europapolitik in der Senatskanzlei der Stadt Hamburg: „Die Mitwirkung der Länder im Mehrebenensystem der Europäischen Union“.

27. Juni: **Prof. Dr. Mattias Kumm**, Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin und Humboldt-Universität zu Berlin: „Die defekte Europäische Verfassung“.

7. Juni: **Prof. Tom Eijsbouts**, Universiteit Leiden: „The two people of Germany (and of other popular sovereignties)“.

30. Mai: **Prof. Dr. Heinrich August Winkler**, Humboldt-Universität zu Berlin: „Größe und Grenze des Westens – Bemerkungen zu einem unvollendeten Projekt“.

16. Mai: **Prof. Dr. Ludger Heidbrink**, KWI (Kulturwissenschaftliches Institut Essen): „Zur politischen Rolle von Unternehmen zwischen Ordnungsverantwortung und Systemverantwortung“.

14. Mai: **Prof. Dr. Dieter Grimm**, Humboldt-Universität zu Berlin, Bundesverfassungsrichter a.D.: „Das öffentliche Recht vor der Frage seiner Identität“.

9. Mai: **Prof. Peter L. Lindseth**, University of Connecticut, School of Law: „Power and Legitimacy: Reconciling Europe and the Nation-State“.

6. April: **Prof. Dr. Jürgen Habermas**, Starnberg: „Zur Verfassung Europas“.

2. Februar: **Prof. Dr. Antje Wiener**, Universität Hamburg: „Global Constitutionalism“.

26. Januar: **Prof. Otto Pfersmann**, Université Paris 1 - Panthéon Sorbonne; „Vertiefung des differenzierten Monismus gegen problemflüchtigen Juriglobismus: Das Strukturproblem des rechtlichen Universalismus“.

Über Einzelheiten sowie bisherige und zukünftige Veranstaltungen des Graduiertenkollegs informiert die Webseite des Kollegs: www.grakov-berlin.eu.

☆ 7. Werkstattgespräche zum Europäischen Verfassungsrecht

☆ ☆ ☆ ☆

Ziel der Werkstattgespräche ist es, durch den Gedankenaustausch von Wissenschaft und politischer Praxis eine „Ideenschmiede“ zum Europäischen Verfassungsrecht zu schaffen. In diesem Rahmen sollen sowohl grundlegende rechtliche Fragestellungen des europäischen Verfassungsrechts problematisiert und analysiert als auch konkrete Lösungsvorschläge für aktuelle Probleme erarbeitet werden. Durch den Dialog verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen mit Praktikern und Politik werden Impulse und Denkanstöße für den praktisch-politischen ebenso wie für den akademischen Bereich gegeben und in die Debatte um den Prozess der europäischen Verfassungsentwicklung hineingetragen.

Nachdem in den vergangenen Jahren keine Werkstattgespräche stattgefunden hatten, wurde die Veranstaltungsreihe im Jahr 2012 insbesondere aus Anlass der aktuellen Entwicklungen in der europäischen Finanz- und Wirtschaftspolitik wiederbelebt. Im Jahr 2012 fanden folgende Veranstaltungen statt:

26. Oktober: Im Rahmen eines gemeinsamen Werkstattgesprächs vom WHI und dem Grakov-Graduiertenkolleg sprach Prof. *Kim Scheppelle* (Princeton) zum Thema: "**How to react to constitutional crisis in Hungary and Romania**".

17. September: Unter dem Titel "Die Entscheidung des BVerfG vom 12. September 2012" diskutierten Prof. Dr. *Christian Calliess*, Freie Universität zu Berlin, Prof. Dr. *Ulrich Häde*, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder, Dr. *Arndt Freiherr Freytag von Loringhoven*, Auswär-

tiges Amt, *Daniel Thym*, Universität Konstanz und Prof. Dr. *Ingolf Pernice*, Humboldt-Universität zu Berlin mit anderen Gästen die **Eilentscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Eilanträge gegen die Ratifikation der Umsetzungsgesetze zum ESM und zum Fiskalpakt**.

27. März: Werkstattgespräch zum Thema "**Die Reform der europäischen Wirtschafts- und Finanzverfassung**", als gemeinsame Veranstaltung des WHI und der ALDE-Fraktion im Europäischen Parlament. Mit *Sylvie Goulard* (MdEP, ALDE), *Jan Philipp Albrecht* (MdEP, Grüne), *Peter Altmaier* (seinerzeit MdB), *Giuliano Amato* (ehem. Ministerpräsident Italiens), *Jörg Asmussen* (Direktorium Europäische Zentralbank), *Jean-Louis Bianco* (Assemblée Nationale), *Peter M. Huber* (Richter am BVerfG), *Jürgen Habermas* (Universität Frankfurt), *Guy Verhofstadt* (MdEP, ehem. Ministerpräsident Belgiens) und *Daniel Thym* (Universität Konstanz), konnte das WHI-Team über zentrale Reformfragen der EU diskutieren, als Grundlage für eine Studie über mögliche Reformvorschläge zur europäischen Wirtschafts- und Finanzverfassung (s. dazu gleich in Kapitel 8).

8. Kooperationen mit EU-Institutionen



Das WHI steht in engen Kontakt zu den verschiedenen europäischen Institutionen. Neben den Vortragsreihen HRE und FCE findet dieser Austausch vor allem in Form von ad-hoc-Veranstaltungen und Besuchen statt.

So rief bereits im vergangenen Jahr die französische Europaabgeordnete *Sylvie Goulard* zusammen mit dem WHI ein gemeinsames Forschungsprojekt zur Reform der Europäischen Verträge angesichts der gegenwärtigen Finanzkrise ins Leben. Daraus entwickelte sich eine Studie, in der *Ingolf Pernice*, *Mattias Wendel*, *Lars S. Otto*, *Kristin Bettge*, *Martin Mlynarski* und *Michael Schwarz* Lösungsansätze zur demokratischen Überwindung der Krise entwickelten. Ein Vorentwurf wurde am 27. April 2012 in einem Workshop am WHI mit *Sylvie Goulard*, *Jan Philipp Albrecht*, *Peter Altmaier*, *Giuliano Amato*, *Jörg Asmussen*, *Jean-Louis Bianco*, *Peter M. Huber*, *Jürgen Habermas* und *Guy Verhofstadt* debattiert, die Studie selbst wurde am 27. Juni 2012 im Europäischen Parlament präsentiert und diskutiert.



In der Sache werden Vorschläge unterbreitet, wie bezüglich der Finanz- und Wirtschaftsverfassung der Union gesteigerte Handlungsfähigkeit bei gleichzeitigem Zuwachs an demokratischer Legitimation generiert werden kann. Kernthese ist, dass ein Mehr an demokratischer Legitimation zugleich ein Mehr an Handlungsfähigkeit bedeuten kann. Demgegenüber erscheint die zunehmende Verlagerung politischer Grundentscheidungen in die Hinterzimmer der Intergouvernementalität als folgenreicher Irrtum. Unter Betonung der Notwendigkeit eines gemeineuropäischen Diskurses in europäischer Öffentlichkeit und mit dem Appell, die Chancen und Grenzen von Formen differenzierter Integration mitzudenken, wird argumentiert, dass eine Reform nur nachhaltig sein kann, wenn die bestehende Schiefelage der bisherigen Wirtschafts- und Währungsunion aufgehoben wird. Die fiskalpolitische Säule der WWU muss durch eine verstärkte wirtschaftspolitische Säule ergänzt werden. Hin-

zutreten müssen überdies allgemeine, über die Fiskal- und Wirtschaftspolitik hinausweisende Reformansätze institutioneller und medialer Natur. Ganz im Sinne des Konzepts des Europäischen Verfassungsverbundes ist für die Reform der *fiskalpolitischen Säule* auf eine parlamentarische Repräsentation der europäischen Interessen im Rahmen der nationalen fiskalpolitischen Entscheidungsprozesse und auf eine verstärkte interparlamentarische Zusammenarbeit hinzuwirken. Zudem werden ausführliche Vorschläge zur Reform und Parlamentarisierung des Defizitverfahrens auf Ebene des Primärrechts nach Art. 126 AEUV vorgelegt. Hinsichtlich der *wirtschaftspolitischen Säule* wird u.a. vorgeschlagen, das Augenmerk auf die Erreichung von Konvergenz zu richten, also einen Zustand zu erhalten, der die Mitgliedstaaten wirtschaftspolitisch zusammenhält. Hinzutreten muss eine teilweise Vergemeinschaftung der wirtschafts- und finanzpolitischen Kompetenzen für die Schaffung einer unionsweiten Konvergenz, die genügend Spielraum lässt für eine im Übrigen autonome Haushaltspolitik auf innerstaatlicher Ebene. Hierfür kann die Festlegung von Margen – d.h. Unter- und Obergrenzen – genügen, innerhalb derer die Mitgliedstaaten ihre Politik eigenständig gestalten.

Die Studie ist 2012 unter dem Titel „Die Krise demokratisch überwinden - Reformmodell einer demokratisch fundierten Wirtschafts- und Finanzverfassung Europas. A Democratic Solution to the Crisis - Reform Model for a Democratically Based Economic and Financial Constitution for Europe“ in der Schriftenreihe Europäisches Verfassungsrecht beim Nomos-Verlag erschienen und steht auch auf der Website des WHI als WHI-Book zum Download (de/eng) zur Verfügung.



Schon Anfang des Jahres erstellte Prof. Pernice ein Gutachten für die Fraktion Die Grünen / Europäische Freie Allianz im Europäischen Parlament über die Vereinbarkeit des „Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ (Fiskalpakt) mit den Unionsverträgen: „Opinion on Draft International Treaty on a Fiscal Compact“ (abrufbar als WHI-paper 02/2012 unter http://www.whi-berlin.eu/EU-Reform_2012.html).

Schließlich nahm Prof. Pernice an der Konferenz "Challenges of Multi-tier Governance in the EU" teil, die vom Ausschuss für Konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments am 5. Oktober 2012 in Brüssel veranstaltet wurde. In diesem Kontext verfasste er die Studie "What future(s) of democratic governance in Europe: learning from the crisis", die als Einführung zu einer vom Europäischen Parlament für 2013 geplanten Veröffentlichung aller Beiträge zur Konferenz dienen soll.

★ 9. Transfer der wissenschaftlichen Tätigkeiten des WHI

Prof. Dr. Dr. h.c. Ingolf Pernice

Veröffentlichungen

Die Krise demokratisch überwinden - Reformmodell einer demokratisch fundierten Wirtschafts- und Finanzverfassung Europas / A Democratic Solution to the Crisis - Reform Model for a Democratically Based Economic and Financial Constitution for Europe, Baden-Baden: Nomos 2012 (zusammen mit Mattias Wendel, Lars S. Otto, Kristin Bettge, Martin Mlynarski, Michael Schwarz), zugleich veröffentlicht als WHI-Book, abrufbar unter <http://whi-berlin.eu/whi-paper-2012.html>.

Konstitutionalisierung jenseits des Staates. Zur Verfassung der Weltgemeinschaft und den Gründungsverträgen internationaler Organisationen, Schriftenreihe Europäisches Verfassungsrecht Band 36, Baden-Baden: Nomos 2012 (hrsgg. zusammen mit Manuel Müller und Christopher Peters).

La dimensión global del Constitucionalismo Multinivel. Una respuesta legal a los desafíos de la globalización, in: CEU Documento de Trabajo Serie Unión Europea y Relaciones Internacionales, Número 61 / 2012 (span. [Übersetzung](#) eines Beitrags aus der Festschrift für Christian Tomuschat, 2006)

Kurzkommentar zum ESM-Urteil des Bundesverfassungsgerichts, in: The European vom 19.09.2012, abrufbar unter <http://www.theeuropean.de/ingolf-ernice/12291-nach-dem-esm-urteil>.

Stellungnahme zum Themen- und Fragenkatalog anlässlich der Anhörung des Bundesrates zu ESM, Fiskalpakt und Änderung des Art. 136 AEUV, WHI Paper 01/2012, abrufbar unter www.whi-berlin.eu/whi-paper-2012.html.

Opinion on Draft International Treaty on a Fiscal Compact, Berlin 2012, abrufbar unter www.whi-berlin.eu/EU-Reform_2012.html.

Europäisches Verwaltungsrecht in der Konsolidierungsphase (zugleich: Besprechung von Peter Axer, Bernd Grzeszick, Wolfgang Kahl, Ute Mager und Ekkehart Reimer (Hrsg.): Das Europäische Verwaltungsrecht in der Konsolidierungsphase. Systembildung – Disziplinierung – Internationalisierung, Die Verwaltung Beiheft 10, Duncker & Humblot: Berlin 2010), in: Die Verwaltung, 44 (2011), S. 577-599.

Vorträge

10. Dezember: „EU-Reform – Lehren aus der Finanzkrise“, Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Europa, Dresden.

1. November: „Wie kann der europäische Einigungsprozess mittel- und langfristig demokratisch gestaltet werden?“, Eröffnung der Podiumsdiskussion im Rahmen der Konferenz „Wir haften sowieso! – Was machen wir daraus? Chancen für Deutschland durch ein gemeinsames Europa“ der Humboldt-Viadrina School of Governance, Berlin.

13. Oktober: „The Future of Democracy in the European Union: Lessons from the Financial Crisis“, Konferenz des LAPA, Princeton University über „Saving Democracy in Europe“, 12./13. Oktober 2012.

11. Oktober: „The EU – A Citizens Joint Venture“, Vortrag auf dem 9. ECLN-Symposium über „Rethorizing European Integration and its Public Space, New York University School of Law, October 11-12, 2012.

24. September: „EU-Integrationsprozess und die Rolle nationaler Parlamente – Entscheidung über die Zukunft der EU?“, Böckler-Stiftung, Berlin.

6. September: „Verfassungs- und europarechtliche Aspekte der Transparenz staatlichen Handelns“, BfDI-Symposium zur Informationsfreiheit, Berlin.

14. August: Vortrag im Rahmen des Ausbildungsprogramms für internationale Diplomaten des Auswärtigen Amtes zum Thema: „State and Future of European Integration against the Background of the Euro Crisis“, Berlin.

13. Juni: „ESM und Fiskalpakt: Europas Rettung?“, WHI-Vereinssammlung, Berlin.

10. Mai: „Solidarität in Europa – Eine Ortsbestimmung im Verhältnis zwischen Bürger, Staat und Europäischer Union“ im Rahmen der Konferenz „In Vielfalt geeint. Wieviel europäische Solidarität? Wieviel nationale Identität? (Prof. Dr. Calliess, FU Berlin).

16. Februar: „Juristische Bewertung des Fiskalpakts im Kontext der Gesamt-Architektur der Economic Governance“, Vortrag beim DGB im Rahmen des Workshops zum Thema „Der Fiskalpakt im Kontext der neuen Architektur zur Economic Governance der EU“, Berlin.

9. Februar: „Ein Europa der Bürger oder der Banken? Zur demokratischen Beteiligung der europäischen Bürger in Krisenzeiten“, rechtspolitische Fachkonferenz „Rechtsraum Europa - Unionsbürgerschaft. Wirtschaftliche Dynamik. Soziale Verantwortung.“, der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Freistaats Thüringen, Berlin.

8. Februar: Vorstellung der Studie „International Agreement on a Reinforced Economic Union – Legal Opinion“ für die Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz im Europäischen Parlament, Brüssel. Die Studie ist abrufbar unter: http://www.whi-berlin.eu/EU-Reform_2012.html.

Interviews (Auswahl)

19. November: Statement zu den verfassungsrechtlichen Aspekten der Umsetzung europäischer Rechtsakte in deutsches Recht für die europaweite Informationsoffensive „Du bestimmst den Weg“ des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission und des Bundespresseamtes, Berlin.

26. April: Radio Interview im Rahmen der Sendung „Die europäische Vision – 20 Jahre nach Maastricht“, RBB-Kulturradio, Berlin.

Podiumsdiskussionen, Workshops, Fachgespräche, Anhörungen, Sonstiges

5.-8. Dezember: Vorstellung des Projekts „Global Privacy Governance“ auf dem ersten Symposium zur Gründung des „network of centers for internet and society“ am Berkman-Center, Harvard University, Cambridge, Mass.

30. November: Diskussionsleitung „Politikwissenschaft; Typologisierende und systemanalytische Verfassungsgeschichte“ im Rahmen der Tagung „Konstitutionalismus in Europa. Entwicklung und Interpretation im 19. Und 20. Jahrhundert“ der Fernuniversität Hagen, Berlin.

7. November: Bericht zum aktuellen Stand der höchstrichterlichen Entscheidungen zu Fragen möglicher Kompetenzübertragungen an die EU im Rahmen der Finanzkrise und darüber hinaus, Europaministerkonferenz, organisiert vom Land Brandenburg, Potsdam.

24. Oktober: Begrüßung zur Feierlichen Zeugnisverleihung des Jahrgangs 2011-2012 sowie Begrüßung des Jahrgangs 2012/2013 des Postgraduierten Studiengangs Europawissenschaften der Technischen, der Freien und der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin.

22. Oktober: Teilnahme am jour fixe zu aktuellen europarechtlichen Fragen, insbesondere zur Reform der Wirtschafts- und Währungsunion, zur Errichtung einer europäischen Bankenaufsicht, zur Europäischen Grundrechtecharta sowie zu den rechtlichen Grenzen für die Geldpolitik der EZB, Auswärtiges Amt, Berlin.

17. Oktober: „Datenschutz im 21. Jahrhundert. Begrüßung und Einführung“, Internationale Konferenz, veranstaltet vom Bundesministerium des Innern (BMI) zusammen mit dem Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (HIIG) am 17./18. Oktober 2012 in Berlin, vgl. <http://www.hiig.de/veranstaltungen/konferenz-datenschutz-im-21-jahrhundert/>.

4. Oktober: „Conclusion: What future(s) for the multi-tier governance?“ zur Podiumsdiskussion „Multi-tier governance beyond existing mechanisms. Are new competencies, powers and constitutional mechanism needed?“ im Rahmen der Konferenz „Challenges of multi-tier Governance in the EU“ des Europäischen Parlamentes, Brüssel.

27. Juli: Fachgespräch zum Thema Finanzkrise in den USA und Europa: „Zwischen Sein und Sollen – kollektiver Rechtsbruch als Gefahr für unsere Freiheit“, Convoco Forum, Salzburg.

28. Juni: Fachgespräch zum Thema „Europäisches Kaufrecht – Dammbrech oder Chance?“ des Bundesministeriums der Justiz, Berlin.

27. Juni: Vorstellung der Reformvorschläge aus: Pernice, Wendel, Otto, Bettge, Mlynarski, Schwarz: Die Krise demokratisch überwinden - Reformmodell einer demokratisch fundierten Wirtschafts- und Finanzverfassung Europas / A Democratic Solution to the Crisis - Reform Model for a Democratically Based Economic and Financial Constitution for Europe, Baden-Baden: Nomos 2012 (s.o.) im Rahmen des Seminars „Europe’s new Economic and Financial Constitution“ des Europäischen Parlaments, Brüssel.

22. Juni: Podiumsdiskussion zum Thema „Europa federale, Europa delle patrie o patria europea?“ im Rahmen der Veranstaltung „Europa Federale, Unica via d’Uscita?“, des Consiglio Italiano del Movimento Europeo und des European Council on Foreign Relations, Italienischer Senat, Rom.

18. Juni: Fachgespräch mit dem SPD-Vorstand über konkrete wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Maßnahmen als Antwort auf die Krise sowie zu weiteren Vertragsreformen und dem institutionellen Weiterbau der EU, Berlin.

26. März: Gespräch mit Tomasz Krawczyk, Research Fellow am Natolin European Centre zu den verfassungsrechtlichen Grundlagen der Europäischen Integration in Deutschland, Berlin.

27. Februar: Teilnahme am fraktionsoffenen Abend der Grünen Bundestagsfraktion zur Diskussion des Fiskalpakts, Berlin.

8. Februar: Moderation der Daimler Lecture von Peter L. Lindseth zum Thema: „Power and Legitimacy: Reconciling Europe and the Nation-State“, The American Academy, Berlin.

12. Januar: Teilnahme am Ressortgespräch zu Fragen des Datenschutzes, Bundesministerium des Innern, Berlin.

Prof. Dr. Franz C. Mayer, LL.M. (Yale)

Veröffentlichungen

Verfassungs- und europarechtliche Aspekte der Einführung von Eurobonds (mit Christian Heidfeld) Neue Juristische Wochenschrift [NJW] 2012, S. 422-427.

Eurobonds, Schuldentilgungsfonds und Projektbonds – eine dunkle Bedrohung ? (mit Christian Heidfeld) Zeitschrift für Rechtspolitik [ZRP] 2012, S. 129-132.

Einleitung, in: Ulrich Karpenstein und Franz C. Mayer (Hrsg.), Europäische Menschenrechtskonvention. Kommentar. Reihe Beck’sche Gelbe Kommentare, München: C.H. Beck 2012, S. 1-33.

Präambel, in: Ulrich Karpenstein und Franz C. Mayer (Hrsg.), Europäische Menschenrechtskonvention. Kommentar. Reihe Beck’sche Gelbe Kommentare, München: C.H. Beck 2012, S. 34-36.

Multilevel Constitutionalism and Constitutional Pluralism – querelle allemande or querelle d'Allemand?, in: Matej Avbelj und Jan Komárek (Hrsg.): Constitutional Pluralism in the European Union and Beyond, Oxford: Hart Publishing 2012, S. 127-151 (mit Matthias Wendel).

Diskussionsbeitrag, in: VVDStRL 71 (2012), S. 246 f. (Beratungsgegenstand: Finanzkrisen als Herausforderung der internationalen, europäischen und nationalen Rechtsetzung).

Volk und Volksvertreter, Süddeutsche Zeitung Nr. 67 v. 20. März 2012, S. 2 (Außenansicht).

Eurobonds?

Episode I – Eurobonds: The Phantom Menace

Episode II – "Bail out Member States you not must!" – Eurobonds und Europarecht

Episode III - Don't underestimate the Force: Eurobonds und Verfassung

Episode IV – A new hope? Schuldentilgungsfonds statt Eurobonds

Episode V – The Verfassungsrecht strikes back: Schuldentilgungsfonds und das Grundgesetz

Episode VI –The Return of the Jedi: Projektbonds

(zusammen mit Christian Heidfeld)

Veröffentlicht auf www.verfassungsblog.de, Mai 2012. Abrufbar unter:

<http://verfassungsblog.de/eurobonds-episode-phantom-menace/>

<http://verfassungsblog.de/eurobonds-episode-ii-bail-member-states/>

<http://verfassungsblog.de/eurobonds-episode-iii-underestimate-force-eurobonds-und-verfassung/>

<http://verfassungsblog.de/eurobonds-episode-iv-hope/>

<http://verfassungsblog.de/eurobonds-episode-verfassungsrecht-strikes/>

<http://verfassungsblog.de/eurobonds-episode-vi-return-jedi-projektbonds/>

Die EZB vor Gericht? Teil 1: Wer klagen könnte, und wogegen; Teil 2: Spärliche Erfolgsaussichten.

Veröffentlicht auf www.verfassungsblog.de (September 2012). Abrufbar unter:

<http://verfassungsblog.de/die-ezb-vor-gericht-teil-wer-klagen-koennte-und-wogegen/>.

<http://verfassungsblog.de/die-ezb-vor-gericht-teil-2-spraechliche-erfolgsaussichten/>.

Vorträge

10. Dezember: „Zur Zukunft der Europäischen Union – Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion“, einleitende Stellungnahme im Rahmen einer Anhörung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union des 17. Deutschen Bundestages (Europaausschuss) zur Zukunft der Europäischen Union), Deutscher Bundestag, Berlin.

30. November: Die Debatte über die Zukunft der EU, Kurzreferat vor der Europäischen Kommission beim SPD-Parteivorstand, Berlin.

1. November: „Gemeinsame Haftung – in welcher Form?“, Statement auf der Konferenz „Wir haften sowieso! – Was machen wir daraus? Chancen für Deutschland durch ein gemeinsames Europa“ im Rahmen der Trialogreihe zur „Finanzmarktreform“ der Humboldt-Viadrina School of Governance, Berlin.

26. Oktober: Das Spannungsverhältnis zwischen den europäischen Grundrechtsordnungen (Grundlagenreferat auf der 57. Jahrestagung der Deutschen Sektion der Internationalen Juristenkommission e.V. „Vielfalt des europäischen Grundrechtsschutzes“), Festsaal des Oberlandesgerichtes, Dresden.

2. Oktober: "Euro-geddon? Examining the Legal Fallout and Constitutional Implications of the Current Crisis", Vortrag am European Legal Studies Center der Columbia Law School, Columbia University, New York, USA.

25. September: „The Law and the Euro crisis“, Vortrag vor dem Tuesday Faculty Lunch Workshop der Law Faculty der Columbia Law School, Columbia University, New York, USA.

31. August: „Euro-Krise und Verfassungsrecht“, Kurzvortrag im Rahmen der Podiumsdiskussion „Euro-Krise und kein Ende? - Deutschland im Spannungsfeld von Verfassung, Politik und öffentlicher Meinung“ der UBS Investment Research - Global Economics Research, Frankfurt/Main.

29. August: "Angemessene Regelungen für Privatpersonen und „alltägliche Datenverarbeitung“ – europarechtliche Aspekte", Kurzbeitrag zur Diskussion im Rahmen des vorbereitenden Workshops Panel 2 zur Konferenz „Datenschutz im 21. Jahrhundert“ des Bundesministeriums des Innern und des Alexander von Humboldt Instituts für Internet und Gesellschaft, Humboldt-Universität, Berlin.

24. August: "A Dispute Settlement System Toolkit. Trends in International Dispute settlement systems", Vortrag im Rahmen des Orientation Meeting zum Projekt „Integration through Law: The ASEAN Way in a Comparative Context“, NUS, Singapur.

19. Juli: „The Euro-crisis, the German Constitutional Court and the ruling of September 12, 2012“, Vortrag im Rahmen eines Conference Call der UBS Investment Research - Global Economics Research, Bordeaux, Frankreich.

28. Juni: „Der Ratifizierungsprozess von Fiskalpakt und ESM“, Impulsreferat auf dem 3. Workshop des Expertenkreises der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien und der Forschungs-Initiative NRW in Europa (FINE)“, Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.

26. Juni: „Grenzen der Eurorettung? Zu Griechenlandkrise und Grundgesetz“, Vortrag auf Einladung von ELSA Bielefeld, Universität Bielefeld.

25. Juni: „Fiskalvertrag und ESM“, Eingangsstatement als Sachverständiger an einem fraktionsoffenen Gespräch der SPD-Bundestagsfraktion zu ESM und Fiskalvertrag, Deutscher Bundestag, Berlin.

14. Juni: „Institutional reforms in the EU“, Vortrag auf dem Deutsch-französischen Workshop zum Euro-Raum „Changing the rules of the game“) der Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP Berlin.

8. Juni: „Europäisches Beihilferecht in Bezug auf die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe“, einleitende Stellungnahme als Sachverständiger in einer Anhörung des Sonderausschusses „Wassererträge“ des Abgeordnetenhauses von Berlin, Abgeordnetenhaus, Berlin.

7. Mai: „13 Thesen zu Fiskalvertrag und ESM“, einleitende Stellungnahme als Sachverständiger in einer Anhörung des Haushaltsausschusses des 17. Deutschen Bundestages zu ESM und Fiskalvertrag, Deutscher Bundestag, Berlin.

5. Mai: „Krise als Rechtsquelle in Europa?“, Vortrag auf der 5. Rechtspolitischen Fachtagung des Netzwerks Justizpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung „Neue Regelungen für einen verantwortlichen Kapitalismus“, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

27. April: „International Constitutional Review“, Impulsbeitrag im Rahmen eines Workshops „The New Terrain of International Law: Courts, Politics, Rights“ der Kolleg-Forschergruppe „The Transformative Power of Europe“, SEMINARIS-Campushotel, FU Berlin.

22. März: „Mehr (direkte) Demokratie und die Europäische Union“, Vortrag auf der Fachtagung „Mehr direkte Demokratie, aber wie? Ausgestaltung direktdemokratischer Verfahren auf Bundesebene“ der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit Mehr Demokratie e.V., Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

5. März: „Die Eurokrise: Zur neuen Verfasstheit Europas“, Vortrag im Rahmen des „Bötzow-Kreises“, Berlin.

März: „Verfassungsgerichte als Hüter der Grundrechte - vergleichende und europäische Aspekte“, Vortrag auf der Deutsch-polnischen Fachtagung „Grundrechte zwischen Nationalstaat und Globalisierung“ im Rahmen des Forschungsprojektes „Objektive Wertordnung der Grundrechte“ der Europa-Universität Viadrina und der Universität Warschau, Europa-Universität Viadrina, Collegium Polonicum, Slubice, Polen.

28. Februar: „Community Method 2.0: Originality and Evolution.“, Vortrag bei der Europäischen Kommission im Rahmen des BEPA-Notre Europe Seminars „Community Method: Evolution, Effectiveness and Legitimacy“, Europäische Kommission, Berlaymont, Brüssel, Belgien.

27. Februar: „Die differenzierte Union und die Methode Monnet“, Vortrag vor der Studiengruppe für Europapolitik der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik DGAP, Berlin.

14. Februar: „Die Grenzen der Integration nach Lissabon - Welche Integrationsschritte sind im Rahmen der geltenden Verträge und des Grundgesetzes überhaupt noch möglich?“, Vortrag auf dem Internen Konsilium zur verfassungsrechtlichen Zukunft der europäischen Integration der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag, Deutscher Bundestag, Europasaal, Berlin.

9. Februar: „Krise als Rechtsquelle in Europa?“, Impulsbeitrag auf der Rechtspolitischen Fachkonferenz „Rechtsraum Europa - Unionsbürgerschaft. Wirtschaftliche Dynamik. Soziale Verantwortung“ der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Freistaates Thüringen, Vertretung des Freistaates Thüringen beim Bund, Berlin.

20. Januar: „Der Fiskalvertrag in europa- und verfassungsrechtlicher Sicht“, einleitende Stellungnahme im Rahmen eines Expertengesprächs mit Obleuten des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union des 17. Deutschen Bundestages (Europaausschuss) zur Stabilitäts- und Fiskalunion, Deutscher Bundestag, Berlin.

18. Januar: „Möglichkeiten zur Gewährleistung demokratischer Repräsentation in der EU“, Vortrag im Rahmen der öffentlichen Diskussionsveranstaltung „Die Krise im Euroraum meistern – bleibt die Demokratie auf der Strecke?“ des SPD Landesverbandes Berlin, Kurt-Schumacher-Haus, Berlin.

6. Januar: „Postnationale Demokratie statt Postdemokratie“, Beitrag zur Podiumsdiskussion „Der Wandel des Politischen im Zeitalter der Postdemokratie“ im Rahmen des Kongresses „Der Ort des Politischen in der digitalen Medienwelt“ anlässlich der Internationalen Konferenz zum 50. Jahrestag des Deutschlandfunk-Sendestarts, Funkhaus Deutschlandfunk, Köln.

Interviews

Interview für den Beitrag „Das nächste Urteil“ von Wolfgang Janisch (Zeitungsinterview), Süddeutsche Zeitung Nr. 223 v. 14. September 2012, S. 19.

Interview für die Berichterstattung von Bloomberg News über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Sachen Eilrechtsschutz gegen ESM und Fiskalvertrag am 12. September 2012 von Karin Matussek, Bloomberg News, 13. September 2012.

Interview für die Berichterstattung von Hospodářské noviny über die Verkündung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in Sachen Eilrechtsschutz gegen ESM und Fiskalvertrag am 12. September 2012 von Jiri Slade, Hospodářské noviny, 12. September 2012.

Interview für die Sendung „The Pulse“ zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in Sachen ESM/ Fiskalpakt mit Maryam Nemazee und Guy Johnson (Fernsehinterview), Bloomberg News Berlin, 12. September 2012.

Interview für eine Agenturmeldung zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in Sachen ESM/ Fiskalpakt von Jochen Neumeier (Zeitungsinterview), DPA Beitrag v.11. und 12. September 2012 (abgedruckt in diversen Zeitungen).

Interview für die Berichterstattung von Thomson Reuters über die Verkündung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in Sachen Eilrechtsschutz gegen ESM und Fiskalvertrag am 12. September 2012 von Stephen Brown, Reuters, 11. und 12. September 2012.

Interview für die Sendung „Mittagsecho“ von WDR 5 und NDR Info zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in Sachen ESM/ Fiskalpakt, (Radiointerview) mit Bettina Nutz, WDR/NDR, 12. September 2012.

Beratung für die ZDF-Sendung „logo!“ (Nachrichten für Kinder) zur Darstellung von Euro, ESM und BVerfG, Redakteur Hanno Hummel, 11. September 2012.

Interview für tagesschau.de für den Beitrag „Vor Entscheidung zu ESM und Fiskalpakt. "Der Bundestag ist Karlsruhe nicht mehr genug" über die Verkündung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in Sachen Eilrechtsschutz gegen ESM und Fiskalvertrag am 12. September 2012 mit Sandra Stalinski, www.tagesschau.de, 11. September 2012.

Interview für die Berichterstattung der TAZ [„Das Königsrecht ist der Bundestag schon los“] (sowie Neue Westfälische [„Krise könnte sich verschärfen“], WAZ [„Ohne Deutschland geht es nicht“] und Sächsische Zeitung) über die Verkündung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in Sachen Eilrechtsschutz gegen ESM und Fiskalvertrag am 12. September 2012 von Hannes Koch, TAZ Nr. 9901 v. 10. September 2012, S. 9; NW Nr. 211 v. 10. September 2012, S. 7; WAZ Nr. 211 v. 10. September 2012, S. 5.

Interview für die Sendung „Aktuelle Stunde“ zu Euro, ESM und Gauweiler-Antrag mit Sebastian Galle (Fernsehinterview), WDR, 10. September 2012.

Interview für die Sendung „SWR1 Thema heute“ zur anstehenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in Sachen ESM/ Fiskalpakt mit Jochen Klink (Radiointerview) SWR, 10. September 2012.

Interview für den Internetbeitrag „Ist die Zentralbank juristisch zu stoppen?“ von Daphne Grathwohl (Internetinterview), Deutsche Welle, 9. September 2012.

Interview für die Berichterstattung der Financial Times Deutschland „Super 8“ über die Verkündung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in Sachen Eilrechtsschutz gegen ESM und Fiskalvertrag am 12. September 2012 von Elke Spanner, FTD, 6. September 2012.

Interview für die Berichterstattung der Deutschen Welle über die Verkündung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in Sachen Eilrechtsschutz gegen ESM und Fiskalvertrag am 12. September 2012 von Daphne Grathwohl (Radiointerview), Deutsche Welle, 6. September 2012.

Interview für die Berichterstattung der Nachrichtenagentur MNI (Market News International) über die Verkündung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in Sachen Eilrechtsschutz gegen ESM und Fiskalvertrag am 12. September 2012 von Christopher Cermak MNI, 6. September 2012.

Interview für die Berichterstattung von Thomson Reuters über die Verkündung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in Sachen Eilrechtsschutz gegen ESM und Fiskalvertrag am 12. September 2012 von Stephen Brown, Reuters, 31. August 2012.

Interview für die Berichterstattung von Bloomberg News über die Verkündung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in Sachen Eilrechtsschutz gegen ESM und Fiskalvertrag am 12. September 2012 von Karin Matussek, Bloomberg News, 30. August 2012, Zur Unverletzlichkeit von diplomatischen Vertretungen (Fall Assange) (Fernsehinterview), Nachrichtensender N24, Studio Berlin, 26. August 2012.

Interview für den Beitrag „Schiedsrichter oder Einwechselspieler? - Karlsruhe und die Politik“ von Joachim Schucht und Jochen Neumeyer (Zeitungsinterview), DPA Beitrag v. 12. August 2012 (abgedruckt in neun Tageszeitungen).

Interview für den Beitrag „Zentralbank und Euro-Rettung - der nächste Fall für Karlsruhe?“ von Jochen Neumeyer (Zeitungsinterview), DPA Beitrag v. 5. August 2012 (u.a. abgedruckt in Märkische Allgemeine; Südkurier; Dresdner Neueste Nachrichten; Focus online, Stern online, Manager Magazin Online („Klage gegen ESM erweitert“)).

Interview für den Beitrag „Europa hängt an einer Unterschrift“ von Melanie Amann, (Zeitungsinterview), Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung Nr. 27/2012 v. 8. Juli 2012 S. 27.

Interview für die Sendung: „Die Europäische Vision. 20 Jahre nach Maastricht“ von Annette Wilmes, (Radiointerview), RBB Kulturradio (Perspektiven), 10. Mai 2012.

Interview für den Beitrag „Testing the limits. Even Germany has constitutional worries about more European integration“ von Brooke Unger, (Zeitungsinterview), *The Economist* v. 24. März 2012, S. 53.

Podiumsdiskussionen, Workshops, Fachgespräche, Anhörungen, Sonstiges

Teilnahme an der Podiumsdiskussion „Der Wandel des Politischen im Zeitalter der Postdemokratie“ im Rahmen des Kongresses „Der Ort des Politischen in der digitalen Medienwelt“ anlässlich der Internationalen Konferenz zum 50. Jahrestag des Deutschlandfunk-Sendestarts, (Radiolivesendung), 6. Januar 2012, Funkhaus Deutschlandfunk, Köln.

Prof. Dr. Daniel Thym, LL.M. (London)

Veröffentlichungen

Intergouvernementale Exekutivgewalt. Die Verfassung der europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, *Archiv des Völkerrechts* [AVR] 50 (2012), 125-155.

Hindernisse auf dem Weg zur „wahrhaftigen“ Unionsbürgerschaft. Zu den strukturellen Grenzen der EuGH-Rechtsprechung, *Zeitschrift für Europarechtliche Studien* [ZES] 2012, 501-524.

Vertrauen im europäischen Asylsystem, *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht* [NVwZ] 2012, 406-409 (gemeinsam mit Kay Hailbronner)

Integration per Unterschrift? Vorzüge einer konsensualen Integrationssteuerung durch den Abschluss von Integrationsvereinbarungen, *Zeitschrift für Ausländerrecht* [ZAR] 2012, 46-51.

Attack or Retreat? Evolving Themes and Strategies of the Judicial Dialogue between the German Constitutional Court and the European Court of Justice, in: Catherine van de Heyning/Maartje de Visser (Hrsg.): *Constitutional Conversations in Europe – Actors, Topics and Procedures*, Intersentia, 2012, S. 235-250.

Rückzug oder Offensive? Die Identitätskontrolle von EU-Recht durch das BVerfG, in: Martin Ibler (Hrsg.): *Verwaltung. Verfassung. Kirche. Konstanzer Symposium aus Anlass des 80. Geburtstages von Hartmut Maurer*, München: C.H. Beck 2012, S. 67-82.

Exekutive Doppelspitze aus Hoher Vertreterin und dem Präsidenten des Europäischen Rats: Erfahrungen und Perspektiven, in: *Stiftung Gesellschaft für Rechtspolitik* (Hrsg.): *Bitburger Gespräche. Jahrbuch 2011/I*, München: C.H. Beck 2012, S. 85-99.

Konvergenz der Statusrechte? Unionsbürger, Assoziierungsrecht und Drittstaatsangehörige, in: Klaus Barwig/Stephan Beichel-Benedetti/Gisbert Brinkmann (Hrsg.): *Gleichheit. Hohenheimer Tage zum Ausländerrecht 2011*, Baden-Baden: Nomos 2012, S. 60-75.

Kommentierung der Art. 33 TEU (EU Special Representatives), Art. 38 (Political and Security Committee) und Art. 42 Abs. 7 (Mutual Defence), in: Hermann-Josef Blanke/Stelio Man-

giarni (Hrsg.): Commentary on the Treaty on European Union, Berlin/Heidelberg/New York: Springer 2012.

Kommentierung der Art. 67-80 AEUV (Europäische Migrationspolitik), in: Winfried Kluth/Andreas Heusch (Hrsg.): Beck-Onlinekommentar zum Ausländerrecht, München: C.H. Beck, Online-Kommentierung, im Erscheinen.

Anmerkung zu EuGH, Urt. v. 15. 11. 2011, Rs. C-256/11, Dereci, Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht [NVwZ] 2012, 103-104.

Besprechung: EUV/AEUV-Kommentar (hrsg. Rudolf Streinz), Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht [NVwZ] 2012, 1301.

Des Kaisers neue Kleider, veröffentlicht auf www.verfassungsblog.de am 13. September 2012 = The German Constitutional Court – or: the Emperor’s New Clothes, EUtopia Law Blog of 17 September 2012 and EJIL talk of 20 September 2012.

Diskussionsbeitrag, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer [VVDStRL] 71 (2012), 233-235.

Rettungsschirm für Grundrechte. Kommentar zu einem Vorschlag von Armin von Bogdandy und anderen, veröffentlicht auf www.verfassungsblog.de am 17. Februar 2012.

Vorwort zum Themenheft „Integrationsvereinbarungen“, Zeitschrift für Ausländerrecht [ZAR] 2012, 45.

Vorträge

6./7. Dezember: „Integrationskonzepte im europäischen Vergleich: Deutschland“, Tagung des SFB 882: von Heterogenitäten zu Ungleichheiten, Bielefeld.

30. November: „Krisenbewältigung durch flexible Integration? Chancen und Risiken“, Jahrestagung der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Europarecht, Hamburg.

22./23. November: „National Constitutional Limits to the Deepening of Economic Union“, EUDO – European Union Democracy Observatory: The Euro Crisis and the State of European Democracy, Florenz.

15./16. November: „Young Workers’ Access to the German Labour Market“, Annual Conference on the Free Movement of Workers, Centre of Migration Law of the Radboud University Nijmegen, Valetta/Malta.

9./10. November: „Kommentar: Menschenrechtswidrigkeit der Ist-Ausweisung?“, Ausweisung – Zurückweisung – Abschiebung: Zwischen Aufenthaltsrecht und Exklusion, Herbsttagung des Netzwerks Migrationsrecht, Stuttgart.

18./19. Oktober: „Panel Discussion: Consequences to be Drawn from the latest ECJ Case Law on Citizenship“, The Citizen at the Heart of EU law, Congress to Mark 20 Years of ERA (Euro-päische Rechtsakademie), Trier.

31. August: „Citizens and Constitutional Thought“, European Lawyer Programme Summer School, King's College London, , London.

13. Juli: „Piracy and the Transfer Agreements Concluded by the EU“, Conference: The Law and Practice of Piracy at Sea, University of Bristol Jean Monnet Chair in EU Law , Bristol.

5. Juli: „Rechtliche Grundlagen der EU-Binnenmobilität von Drittstaatsangehörigen“, EMN-Expertenworkshop zur Binnenmobilität, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg.

3. Juli: „Institutional Framework of the European Immigration and Asylum Policy“, Summer School: EU Immigration & Asylum Law and Policy organised by the Odysseus Network and the Université Libre de Bruxelles, Brüssel.

23. Mai: „EU-Migrationsrecht zwischen universeller Freizügigkeit und ‚Festung Europa‘“, Vortrag im Rahmen des Kulturwissenschaftlichen Kolloquiums des Exzellenzclusters ‚Kulturelle Grundlagen der Integration‘, Konstanz.

11. Mai: „Sinn und Zweck der europäischen Migrationspolitik“, Antrittsvorlesung am Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Konstanz, Konstanz.

27. April: „Entwicklung der Unionsbürgerschaft: Grundlagen und Grenzen“, Symposium 20 Jahre Zentrum für Europäisches Wirtschaftsrecht: Grundfragen der Europäischen Union, Bonn.

13. März: „Migrationsrecht“, Vortrag mit Diskussion vor einem Club des Distrikts Konstanz-Mainau von Rotary International, , Konstanz.

Interviews

Erläuterung des Inhalt und der Bedeutung der anstehenden Plenums-Entscheidung des EuGH über die Vereinbarkeit des ESM-Vertrags mit dem AEUV aufgrund einer Vorlage des irischen Supreme Court aus Anlass der mündlichen Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht, ARD Morgenmagazin und Tagesschau am 12. November 2012.

Interview zu den Flüchtlingsprotesten in Berlin, Legal Tribune Online am 02.11.2012.

Interview über Inhalt und Bedeutung der Plenums-Entscheidung des EuGH über den ESM-Vertrag aus Anlass der mündlichen Verhandlung, ARD-Morgenmagazin, ARD-Mittagesmagazin sowie mehrere Sendungen der TAGESSCHAU am 23. Oktober 2012.

Kommentar zur Zustimmung des Bundestags zum ESM sowie den Fiskalpakt, Reuters, Juni 2012.

Interview zum Vorschlag des französischen und des deutschen Innenministers zur erleichterten Wiedereinführung der Grenzkontrollen im Schengen-Raum, SWR-Aktuell

Podiumsdiskussionen, Workshops, Fachgespräche, Anhörungen, Sonstiges

April: Stellungnahme bei der Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestags zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie nebst weiterer Maßnahmen zur Erleichterung der Wirtschaftsmigration.

Prof. Dr. Stephan Wernicke

Veröffentlichungen

Kommentierung der Art. 14, 106 und 345 AEUV, in: Grabitz/Hilf/Nettesheim: Recht der Europäischen Union, Stand 48. Ergänzungslieferung, München: C.H. Beck, August 2012.

Vom ‚foyer de lumière‘ zur demokratischen Legitimation der EU: Gedanken zur wirtschaftlichen Selbstverwaltung in Europa, *Wirtschaft und Verwaltung* 2012, S. 38 ff.

Vorträge

25. Oktober: „Eine verlässliche Rechtspflege und ein stabiles Rechtssystem - conditio sine qua non für wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand“, 20 Jahre Stiftung Internationale Rechtliche Zusammenarbeit, Berlin.

22. Oktober: „Law made in Germany“ – Die Bedeutung des deutschen und europäischen Rechts im internationalen Wirtschaftsverkehr“, German-American Chamber of Commerce, Atlanta.

27. September: „Die wirtschaftliche Selbstverwaltung aus dem Blick europäischer und internationaler Akteure“, Deutscher Kammerrechtstag, Trier.

14. Juni: „Extraterritorial Application of EU Competition Law“, Deutsch-Japanische Juristenvereinigung, Berlin.

22. März: “The pros and cons of collective redress for business and consumers in Europe”, Conference on Collective Redress in a European Perspective, Danish Presidency of the EU, Kopenhagen.

Prof. Dr. Steffen Hindelang, LL.M. (Sheffield)

Veröffentlichungen

Circumventing Primacy of EU Law and the CJEU's Judicial Monopoly by Resorting to Dispute Resolution Mechanisms Provided for in Inter-se Treaties? The Case of Intra-EU In-

vestment Arbitration, *in*: Legal Issues of Economic Integration, Apr.2012, vol. 39, no. 2, S. 179 ff.

Recht und Innovation im digitalen Bereich - ein polydimensionales Verhältnis, in: Abschlussbericht 6. Initiative des Co:llaboratory "Innovation im digitalen Ökosystem", 2012 (*zusammen mit* Philipp Otto und Jiannis Koudounas).

Vorträge

11.-12. Oktober: "Entwicklung des gerichtlichen Rechtsschutzes im deutschen Außenwirtschaftsrecht", 17. Außenwirtschaftsrechtstag 2012 zum Thema: "Außenwirtschaftlicher Rechtsschutz im Mehrebenensystem", Westfälische Wilhelms-Universität Münster.

29. September - 2. Oktober: "Europarechtliche Determinanten des deutschen Steuerrechts", Rechtswissenschaftliches Symposium der Osaka University School of Law und des Fachbereichs Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin, Freie Universität Berlin gemeinsam mit der Osaka University / Japan.

20.-22. Juni: "Öffentliche Dienstleistungen und Internet in Deutschland", Deutsch-Russisches Symposium zum Thema "Verhältnisse zwischen öffentlichen Haushaltsebenen und Finanzausgleich in Deutschland und Russland", Staatliche St. Petersburger Universität, Russische Föderation.

Beratertätigkeiten

Beratung eines UK Private Equity Funds zur Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts anlässlich der Finanz- und Schuldenkrise.

Beratung einer großen US Bank zum Europäischen Stabilitätsmechanismus und Fiskalpakt und bzgl. der dazugehörigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.

Dr. Mattias Wendel, Maîtr. en droit (Paris 1)

Veröffentlichungen

Die Krise demokratisch überwinden / A Democratic Solution to the Crisis. Reformansätze für eine demokratisch fundierte Wirtschafts- und Finanzverfassung Europas / Reform Steps Towards a Democratically Based Economic and Financial Constitution for Europe, Schriftenreihe Europäisches Verfassungsrecht, Baden-Baden: Nomos 2012 (*zusammen mit* Ingolf Pernice, Lars S. Otto, Kristin Bettge, Martin Mylnarski und Michael Schwarz)

Comparative Reasoning and the Making of a Common Constitutional Law – The Europe-Decisions of National Constitutional Courts in a Transnational Perspective, in: International Journal of Constitutional Law – I•CON – 2013, *i.E.*

Die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Europarechts, in: A. Hatje/P.-C. Müller-Graff (Hrsg.): Enzyklopädie des Europarechts, Bd. 1: Europäisches Organisations- und Verfassungsrecht, Baden-Baden: Nomos 2013 (*zusammen mit* Franz C. Mayer), *i.E.*

Unionsbürgergrundrechte, in: C. Grabenwarter (Hrsg.): Enzyklopädie des Europarechts, Bd. 2: Grundrechte, Baden-Baden: Nomos 2013, *i.E.*

Judicial Restraint and the Return to Openness: The Decision of the German Federal Constitutional Court on the ESM and the Fiscal Treaty of 12 September 2012, in: German Law Journal [GLJ] – 2013, S. 21–52.

La jurisprudence du Conseil constitutionnel français et du Tribunal constitutionnel fédéral allemand sur l'évolution des Traités européens. Un conte d'aiguilleurs et de gardiens du pont, in: E. Lagrange/ J.-M. Sorel/ A. Hamann (eds.), Si proche, si loin: La pratique du droit international en France et en Allemagne, Société de législation comparée, Paris 2012, S. 87–125.

Neue Akzente im europäischen Grundrechtsverbund. Die fachgerichtliche Vorlage an den EuGH als Prozessvoraussetzung der konkreten Normenkontrolle, in: Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht [EuZW] 2012, S. 213–218.

Multilevel-Constitutionalism and Constitutional Pluralism. Querelle Allemande ou Querelle d'Allemand? in: M. Avbelj/ J. Komárek (Hrsg.), Constitutional Pluralism in the European Union and Beyond, Oxford: Hart 2012, S. 105-127 (zusammen mit Franz C. Mayer).

Rechtspredungswegweiser Europarecht 2012. Aktuelle EuGH-Rechtspredung mit Ausbildungsrelevanz, in: Juristische Ausbildung [JURA] 2012, in drei Teilen, S. 585–593, 671–681 u. 762–770 (zusammen mit Patricia S. Stöbener und Angela R. Stöbener).

Vorträge

28.-29. September: Die Europaentscheidungen der Verfassungsgerichte, gehalten an der Wirtschaftsuniversität Wien anlässlich des Österreichischen Europarechtstages 2012 „Kooperation der Gerichte im europäischen Verfassungsverbund - Grundfragen und neueste Entwicklungen“.

25 September: Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Eurorettung: Die Entscheidung des BVerfG vom 12. September 2012 in Sachen ESM und Fiskalvertrag (Eilverfahren), Abgeordnetenhaus von Berlin.

13.-14. September: La Cour constitutionnelle allemande et l'intégration européenne, Faculté de droit et de science politique d'Aix-Marseille anlässlich des XXIV^e cours international de justice constitutionnelle, Aix-en-Provence.

27. Juni: Reforming Europe's Fiscal and Economic Policy, Europäisches Parlament, zur Präsentation der Studie „Reform Steps Towards A Democratic Foundation of Europe's New Economic and Financial Constitution“, Brüssel.

27. April: Parliamentarization of the Deficit Procedure under Article 126 TFEU and Institutional Reinforcements of the New Fiscal Architecture, gehalten an der Humboldt-Universität zu Berlin anlässlich des Werkstattgesprächs (Roundtable – Practice Meets Science) “The Legitimacy of Europe's Economic and Financial Constitution“, ausgerichtet vom Walter-Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht, Berlin.

22.-23. April: Comparative reasoning and the making of a common constitutional law, gehalten an der New York University (NYU) anlässlich der Konferenz „The Changing Landscape of German Constitutionalism: Comparative Public Law in Germany“, ausgerichtet von Joseph H. H. Weiler und Armin v. Bogdandy, New York City.

26.-27. Januar: The European Convention on Human Rights (ECHR) as Part of the National Constitutional Standards, gehalten an der Eötvös Loránd Universität Budapest (ELTE), anlässlich der Konferenz „The European Constitutional Area and National Constitutionalism“, ausgerichtet von der Juristischen Fakultät der ELTE und dem Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (Heidelberg), Budapest.

Podiumsdiskussionen, Workshops, Fachgespräche, Anhörungen, Sonstiges

27. April: Werkstattgespräch (Roundtable – Practice Meets Science) „The Legitimacy of Europe’s Economic and Financial Constitution“, Walter-Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht, Berlin,.

17. September: Werkstattgespräch (Roundtable – Practice Meets Science) „Die Entscheidung des BVerfG vom 12. September 2012 – Entwicklungsperspektiven europäischen und deutschen Verfassungsrechts in der Wirtschafts- und Finanzkrise“, Walter-Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht,.

Edgar Lenski

Veröffentlichungen

Kommentierung des Art. 13 EU-Vertrag (Organe), in: C. O. Lenz/W.-D. Borchardt: EU-Verträge - Kommentar, Bundesanzeiger-Verlag, Köln, 6. Auflage 2012.

Kommentierung der Art. 2 bis 6 AEU-Vertrag (Kompetenzkategorien), in: C. O. Lenz/W.-D. Borchardt: EU-Verträge - Kommentar, Köln: Bundesanzeiger-Verlag, 6. Auflage 2012.

Kommentierung der Art. 19 - 23 EMRK (Gerichtshof), in: U. Karpenstein/F. C. Mayer, EMRK. Kommentar, München: C.H. Beck-Verlag 2012.

Kristin Bettge

Veröffentlichungen

Die Krise demokratisch überwinden - Reformmodell einer demokratisch fundierten Wirtschafts- und Finanzverfassung Europas / A Democratic Solution to the Crisis - Reform Model for a Democratically Based Economic and Financial Constitution for Europe, Baden-Baden: Nomos 2012 (zusammen mit Ingolf Pernice, Mattias Wendel, Kristin Bettge, Martin Mlynarski, Michael Schwarz), zugleich veröffentlicht als WHI-Paper Sonderstudie, abrufbar unter <http://whi-berlin.eu/whi-paper-2012.html>.

Podiumsdiskussionen, Workshops, Fachgespräche, Anhörungen, Sonstiges

27. Juni: Vorstellung der Reformvorschläge aus: Pernice, Wendel, Otto, Bettge, Mlynarski, Schwarz: Die Krise demokratisch überwinden - Reformmodell einer demokratisch fundier-

ten Wirtschafts- und Finanzverfassung Europas / A Democratic Solution to the Crisis - Reform Model for a Democratically Based Economic and Financial Constitution for Europe, Baden-Baden: Nomos 2012 (s.o.) im Rahmen des Seminars „Europe’s new Economic and Financial Constitution“ des Europäischen Parlaments, Brüssel.

Lars S. Otto, LL.M. (LSE)

Veröffentlichungen

Die Krise demokratisch überwinden - Reformmodell einer demokratisch fundierten Wirtschafts- und Finanzverfassung Europas / A Democratic Solution to the Crisis - Reform Model for a Democratically Based Economic and Financial Constitution for Europe, Baden-Baden: Nomos 2012 (zusammen mit Ingolf Pernice, Mattias Wendel, Kristin Bettge, Martin Mlynarski, Michael Schwarz), zugleich veröffentlicht als WHI-Paper Sonderstudie, abrufbar unter <http://whi-berlin.eu/whi-paper-2012.html>.

Klausuren aus dem Staatsorganisationsrecht. Mit Grundlagen des Verfassungsprozessrechts und der Methodenlehre, Berlin/Heidelberg/New York: Springer 2012.

Podiumsdiskussionen, Workshops, Fachgespräche, Anhörungen, Sonstiges

27. Juni: Vorstellung der Reformvorschläge aus: Pernice, Wendel, Otto, Bettge, Mlynarski, Schwarz: Die Krise demokratisch überwinden - Reformmodell einer demokratisch fundierten Wirtschafts- und Finanzverfassung Europas / A Democratic Solution to the Crisis - Reform Model for a Democratically Based Economic and Financial Constitution for Europe, Baden-Baden: Nomos 2012 (s.o.) im Rahmen des Seminars „Europe’s new Economic and Financial Constitution“ des Europäischen Parlaments, Brüssel.

Martin Mlynarski

Veröffentlichungen

Die Krise demokratisch überwinden - Reformmodell einer demokratisch fundierten Wirtschafts- und Finanzverfassung Europas / A Democratic Solution to the Crisis - Reform Model for a Democratically Based Economic and Financial Constitution for Europe, Baden-Baden: Nomos 2012 (zusammen mit Ingolf Pernice, Mattias Wendel, Kristin Bettge, Martin Mlynarski, Michael Schwarz), zugleich veröffentlicht als WHI-Paper Sonderstudie, abrufbar unter <http://whi-berlin.eu/whi-paper-2012.html>.

Vorträge

23. Juni: „Europarecht und aktuelle Entwicklungen“, Vortrag für das Vorbereitungsseminar Auswärtiges Amt des Viauris Verlages, Berlin.

7. April: „Assessment of Possible Reform Steps towards a Democratically Based Economic and Financial Constitution for Europe under European and German Constitutional Law“,

Vortrag am Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht, Humboldt-Universität zu Berlin.

Podiumsdiskussionen, Workshops, Fachgespräche, Anhörungen, Sonstiges

3. September 2012, Introductory Workshop zum Thema „European Data Protection“ im Rahmen des Bellevue-Programmes der Robert Bosch Stiftung, Berlin (zusammen mit Ingolf Pernice und Henner Fries-Henrich).

27. Juni: Vorstellung der Reformvorschläge aus: Pernice, Wendel, Otto, Bettge, Mlynarski, Schwarz: Die Krise demokratisch überwinden - Reformmodell einer demokratisch fundierten Wirtschafts- und Finanzverfassung Europas / A Democratic Solution to the Crisis - Reform Model for a Democratically Based Economic and Financial Constitution for Europe, Baden-Baden: Nomos 2012 (s.o.) im Rahmen des Seminars „Europe's new Economic and Financial Constitution“ des Europäischen Parlaments, Brüssel.

10. Schriftenreihe Europäisches Verfassungsrecht / WHI-Papers



Prof. Dr. Dr. h. c. Pernice ist Herausgeber der Schriftenreihe Europäisches Verfassungsrecht beim Nomos-Verlag, Baden-Baden. In dieser Schriftenreihe werden unter anderem die Beiträge zum FCE und herausragende Monographien aus dem Themenbereich des Instituts sowie die Tagungsbände des Walter Hallstein-Symposiums in Frankfurt (hrsg. von Manfred Zuleeg) veröffentlicht. Eine Übersicht über alle bisher erschienenen Bände findet sich unter www.nomos-shop.de.

Im Jahr 2012 sind folgende Bände erschienen:

Band 37: Pernice/Wendel/Otto/Bettge/Mlynarski/Schwarz: Die Krise demokratisch überwinden. A Democratic Solution to the Crisis. Baden-Baden: Nomos 2012.

Band 36: Pernice/Müller/Peters (Hrsg.): Konstitutionalisierung jenseits des Staates. Zur Verfassung der Weltgemeinschaft und den Gründungsverträgen internationaler Organisationen Baden-Baden: Nomos 2012.

Zudem veröffentlicht das WHI auf seiner Webseite regelmäßig Beiträge von Mitarbeitenden bzw. Mitwirkenden des WHI zu aktuellen Fragen des Europäischen Verfassungs- und Wirtschaftsrechts unter der Rubrik „WHI-Papers“.

Im Jahr 2012 sind folgende Papers erschienen:

WHI-Paper 03/2012

Autor: Prof. Dr. Dr. h.c. **Ingolf Pernice**

Titel: How can the process of European Unification be organised democratically on a medium and long-term basis?

WHI-Paper 02/2012

Autor: Prof. Dr. Dr. h.c. **Ingolf Pernice**

Titel: Opinion on Draft International Treaty on a Fiscal Compact

WHI-Paper 01/2012

Autor: Prof. Dr. Dr. h.c. **Ingolf Pernice**

Titel: Stellungnahme zum Themen- und Fragenkatalog anlässlich der Anhörung des Bundesrates zu ESM, Fiskalpakt und Änderung des Art. 136 AEUV

WHI-Paper Sonderstudie

Autoren: Ingolf Pernice/Mattias Wendel/Lars S. Otto/Kristin Bettge/Martin Mlynarski/Michael Schwarz

11. Internationaler Forscheraustausch

Auswärtige Lehrtätigkeit und Teaching Staff Mobility

Mitarbeiter des WHI werden häufig gebeten, an Universitäten im Ausland Lehrveranstaltungen durchzuführen. Damit werden internationale Kontakte gepflegt und am WHI gesammelte Erfahrungen an junge Menschen in anderen Ländern weitergegeben. Im Jahre 2012 gehörten zu diesen Veranstaltungen:

Prof. Dr. Franz Mayer, LL.M. (Yale)

4. und 5. Juni: Towards European Constitutionalism, Blockseminar im Rahmen des Teaching Staff Mobility Programme SOKRATES, gemeinsam mit Prof. Dr. Mirosław Wyrzykowski und Prof. Christophe Hillion (Universitäten Leiden und Stockholm), Juristische Fakultät, Universität Warschau, Polen.

Herbstsemester: Visiting professor of Law, Columbia Law School, Columbia University, New York, USA.

Prof. Dr. Stephan Wernicke

Lehrbeauftragter der Universität Zürich für den LL.M. Studiengang International Business Law, zuständig für den Bereich Kartellrecht.

Prof. Dr. Steffen Hindelang, LL.M. (Sheffield)

Sommersemester: Università Commerciale Luigi Bocconi Mailand, Gastprofessur Internationales und Europäisches Investitionsrecht und Europarecht

Gastforscher

Das Walter-Hallstein-Institut steht Gastforschern aus dem Ausland offen, die Themen zum Europäischen Verfassungsrecht bearbeiten. Auch im Jahre 2012 konnte das WHI eine Reihe von Gastforschern willkommen heißen:

Prof. Rafael de Agapito

Catherine Dupré

Dr. Rasa Ragulskyte-Markoviene

Gregorio Robles Morchon

Soren Stig Andersen

12. Promotionen am WHI

Am WHI werden von Prof. Pernice Promotionen zum Europäischen Verfassungsrecht betreut. Im Jahre 2012 erschienen sind folgende Arbeiten:

Bilgütay Kural

„Übertragung von Hoheitsrechten der Türkei auf die EU im Falle der EU-Mitgliedschaft“, Frankfurt, 2012.

Julia Mall

„Die Bindung der Mitgliedstaaten an die Unionsgrundrechte und das Protokoll über die Anwendung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union auf Polen und das Vereinigte Königreich“, Frankfurt 2012.

13. Beteiligung an der Lehre

European Online Academy

Zur Ergänzung der Ausbildung und zur Fortbildung vor allem von Praktikern engagierte sich das WHI auch 2012 bei der European Online Academy (EOA). Federführend in diesem Projekt ist das CIFE (Prof. *Hartmut Marbold*, Dr. *Helgard Fröblich*) in Zusammenarbeit mit dem Jean-Monnet Chair for Political Science and European Affairs (Prof. *Wolfgang Wessels*, Köln). Für die juristischen Aspekte und insbesondere das Europäische Verfassungsrecht zeichnet das Walter Hallstein-Institut (Prof. *Ingolf Pernice*, Dr. *Mattias Wendel*, *Edgar Lenski*) verantwortlich. Der neunte Jahrgang der EOA wurde im Juli 2012 abgeschlossen. Seit Oktober 2012 läuft das zehnte akademische Jahr der Akademie. Seit 2008 besteht die Möglichkeit, neben dem einjährigen Zertifikatsstudium auch einen zweijährigen Masterstudiengang zu beginnen. Die EOA kann unter www.eu-online-academy.org im Internet aufgerufen werden.

Prof. Pernice, Dr. Wendel und Herr Lenski trugen auch in diesem Jahr wieder die Verantwortung für die Veranstaltungen „European Law I: Introduction to European Law“, „European Law II: Internal Market“ und „Aspects of European Legal Integration“.

Studiengang Europawissenschaften

Der Postgraduierten-Studiengang Europawissenschaften in Berlin wurde im Oktober 1998 auf Initiative des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft und der Studienstiftung des Deutschen Volkes in den Städten Berlin, Bonn, Hamburg und Saarbrücken eingerichtet. Er wird von den drei Berliner Universitäten gestaltet und bietet ein interdisziplinäres Programm zur konzentrierten Ausbildung zu Fragen der europäischen Integration (<http://www.europawissenschaften-berlin.de/>).

Prof. Pernice lehrt auch hier das Europäische Verfassungsrecht und hat am 25. Mai 2012 ein Seminar zum Thema „EU-Reform in der Krise“ gegeben.

MEGA-Programm

Aufgrund einer gemeinsamen Erklärung des deutschen Bundeskanzlers und des Präsidenten der französischen Republik zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages am 22. Januar 2003 haben die Innenminister beider Länder ein gemeinsames Ausbildungsprogramm insbesondere für den höheren Dienst geschaffen, um die gegenseitige Kenntnis der administrativen Praxis und die Effizienz der gemeinsamen Arbeit in den öffentlichen Verwaltungen der beiden Länder zu verbessern. Das WHI ist für die Humboldt-Universität zu Berlin zusammen mit der Berlin Graduate School of Social Science (BGSS) Mitglied eines u.a. aus der Universität von Paris I (Sorbonne) und der Ecole Nationale d'Administration auf französischer sowie der Universität Potsdam auf der deutschen Seite bestehenden Konsortiums, das gemeinsam das Programm für den „Master of European Governance und Administration / Master Européen de Governance et d'Administration“ (MEGA) durchführt. Der Grad wird durch die Universität Potsdam und die Université de Paris I (Sorbonne) verliehen.

Wegen der anstehenden Neukonzeption des Lehrangebots fanden 2012 keine Veranstaltungen im Rahmen des MEGA-Programms statt.

LL.M.-Programm

Das WHI betreut jedes Jahr Studierende aus dem LL.M.-Programm der Humboldt-Universität die Arbeiten im Europäischen Verfassungsrecht erstellen. Die LL.M.-Studierenden sind eingeladen, durch ihre Teilnahme an den Veranstaltungen des WHI den internationalen Gedankenaustausch über die Forschungsarbeit am Institut zu bereichern. Die Masterarbeiten sind in der Regel auf rechtsvergleichende Themen zum Europäischen Verfassungsrecht ausgerichtet. Im Jahre 2012 hat Prof. Pernice drei Arbeiten betreut:

Kaja Kazmierska

„Entwicklung der Ratspräsidentschaft vor und nach dem Vertrag von Lissabon: Bedeutungsverlust oder Bedeutungswandel?“

Bénédicte Martin

„Die Gewährleistung der nationalen Identität nach dem Art. 4 (2) EUV“

Ana Terzić

„Die Unionsbürgerschaft – ein Grundrecht?“

Model European Union Conference

Die Simulationsübung Model European Union Conference wurde vom WHI auf Anregung von Studierenden eingeführt, um praktische Erfahrung in der Verhandlung europäischer Themen im Rat sowie bzgl. des Zustandekommens von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs zu vermitteln. Durchgeführt wird die Simulation auf Englisch. Die Studenten haben Gelegenheit, wie im Spiel ihr diplomatisches Geschick, Verhandlungstechnik, Fremdsprachenkenntnisse, rhetorische Fähigkeiten und die Anwendung des europäischen Rechts zu trainieren. Dank der großzügigen Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung hat sich die MEUC als überaus effektive und auch ertragreiche Veranstaltung entwickelt, die sich bei internationalen wie einheimischen Studierenden großer Beliebtheit erfreut.

Im Wintersemester 2011/12 hat die MEUC das Vorabentscheidungsverfahren C-256/11 vor dem Europäischen Gerichtshof simuliert. Der Verwaltungsgerichtshof von Österreich hatte über fünf Fälle verschiedener Parteien zu entscheiden und nach Art. 267 AEUV den Europäischen Gerichtshof angerufen. Inhalt des simulierten Verfahrens waren insbesondere die **Unionsbürgerschaft** (Art. 20 AEUV) und die Richtlinie 2003/86/EG betreffend das Recht auf **Familienzusammenführung**. Die Simulation fand auf Deutsch statt. Besonderer Dank gilt *Nikolaus Graf Vitzthum* vom Prozessreferat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie für die Durchführung der Vorbereitungsveranstaltung.

Im Sommersemester 2012 hat die MEUC den Rat der Europäischen Union simuliert. Die Simulation fand auf Englisch statt und gründete sich auf zwei Vorbereitungstreffen am 22. und 29. Mai. Dank der großzügigen Unterstützung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung konnten sich am 1. Juni rund 80 Studierende im Tagungssaal der Stiftung versammeln, um über

den Vorschlag der Kommission für eine **Grundverordnung zum Datenschutz in der EU** zu verhandeln. Nach den Begrüßungsreden von *Andreas Wenig* und Prof. *Ingolf Pernice* sprach *Gerold Reichenbach* MdB als Eröffnungsredner zum Thema "EU-Datenschutzreform - der Entwurf einer neuen Datenschutz-Grundverordnung". Als Berichterstatter für Datenschutz im Deutschen Bundestag konnte er den Studierenden einen fachkundigen Einblick geben. Seine Thesen wurden im Verlauf der Verhandlungen immer wieder aufgegriffen. Nach der ersten Tischrunde der Studierenden, die jeweils den Innenminister ihres Mitgliedstaats in vertraten, präsentierte die Dänische Ratspräsidentschaft einen Entwurf für die Schlussfolgerungen. Auf dieser Grundlage wurde zwei Tage lang im Plenum debattiert. Insbesondere die Vertreter der Kommission mussten sich immer wieder einbringen, um angesichts der Reibungen zwischen dem für sie Erforderlichen mit dem für die Mitgliedstaaten Machbaren zu vermitteln. Häufig war der Vertreter des Legal Service gefragt, um den rechtlichen Boden der Änderungsvorschläge zu sondieren. Schließlich wurde nach zwei Tagen der Kompromissfindung in Einstimmigkeit das Abschlussdokument verabschiedet.

Einzelheiten zu den laufenden Sitzungen sowie Berichte über die Simulationen sind auf der Webseite der Model European Union Conference <http://www.meuc.eu> zu finden. Hier gibt es auch links zu den Video-Berichten über die Sitzungen, die über Youtube abrufbar sind. Als Ansprechpartner steht *Mihai Corman* unter info@meuc.eu zur Verfügung.



Teilnehmer der MEUC aus dem SS 2012 zur Simulation des Europäischen Rates

Robert Bosch Stiftung: Introductory Workshop im Rahmen des Bellevue-Programms

Das Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht führt jedes Jahr einen Introductory Workshop für die StipendiatInnen des Bellevue-Programms der Robert Bosch Stiftung in deren Berliner Repräsentanz durch. Das Bellevue-Programm ermöglicht Nachwuchsführungskräften der obersten staatlichen Behörden verschiedener EU-Mitgliedstaaten eine einjährige Tätigkeit in einer obersten staatlichen Behörde eines anderen EU-Mitgliedstaates mit dem Ziel einer fachlichen Weiterqualifikation und Begegnungen mit Kollegen aus anderen europäischen Ländern. Zu Beginn des Workshops am 3. September 2012 hielt Prof. *Pernice* einen Einführungsvortrag zur europäischen Finanz- und Staatsschuldenkrise, zu möglichen Reformen der Verträge der Europäischen Union und zum ESM-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das für den 12. September 2012 erwartet wurde. Anschließend führten *Henner Fries-Henrich* und *Martin Mlynarski* mit den TeilnehmerInnen des Bellevue-Programms eine Simulation einer Sitzung des Europäischen Rates durch, bei der die TeilnehmerInnen die Rollen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union übernahmen, um in einer interaktiven Weise eine Reform des europäischen Datenschutzrechtes zu diskutieren. Dabei erhielten die TeilnehmerInnen die Möglichkeit, den Ablauf einer Sitzung des Europäischen Rates kennen zu lernen und ein Gefühl für das Handeln als Akteur im europäischen Integrationsprozess zu entwickeln. *Martin Mlynarski* erläuterte den TeilnehmerInnen die prozessualen Regeln einer Sitzung des Europäischen Rates. *Henner Fries-Henrich* führte die TeilnehmerInnen in das Simulationsthema des europäischen Datenschutzes ein und leitete die simulierte Sitzung in der Rolle der Präsidentschaft des Europäischen Rates. Nach intensiven realitätsnahen Verhandlungen erarbeiteten die TeilnehmerInnen des Bellevue-Programms eine Abschlusserklärung zu den Gesetzgebungsverfahren der Europäischen Union im Bereich des europäischen Datenschutzes.

14. Kontakt

Walter Hallstein-Institut

Prof. Dr. Dr. h. c. Ingolf Pernice

Geschäftsführender Direktor

Postanschrift:

Humboldt-Universität zu Berlin

Juristische Fakultät

Unter den Linden 6

10099 Berlin

Besucheranschrift

Humboldt-Universität

Unter den Linden 11

Raum 104b

Frau Müller

Tel: 2093-3440

Fax: 2093-3449

E-Mail-Adresse des Walter Hallstein Instituts:

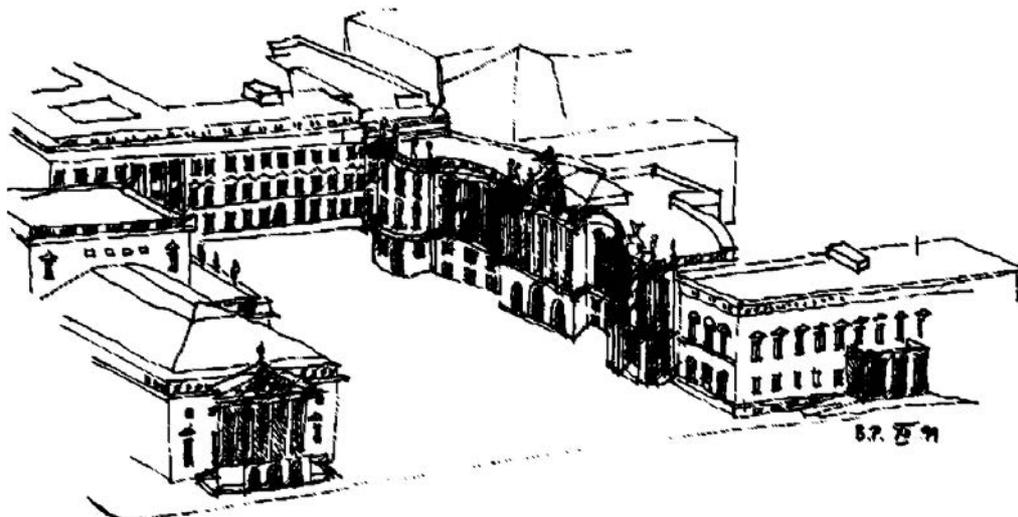
sekretariat@whi-berlin.de

Homepage des Walter Hallstein Instituts:

www.whi.eu

Spendenkonto:

Verein für Europäisches Verfassungsrecht e.V., Deutsche Bank Berlin, BLZ 100 700 00,
Kontonummer: 060150000



Impressum

Herausgeber:

V.i.S.d.P.:

Redaktion:

Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht

Prof. Dr. Dr. h.c. Ingolf Pernice

Sebastian Leuschner

Druck:

Druckerei der Humboldt-Universität zu Berlin